ROTE ANNELIES

Die kritische Stimme des Oberwallis

FÜR DIE

Aylan (†3) – der tote Flüchtlings-Bub am Strand von Bodrum. Ertrunken im Massengrab Mittelmeer wie 2800 andere Flüchtlinge in den ersten 8 Monaten 2015.

FÜR DAS WALLI

s rund 12 000 Tsche-975 suchten die ersab 1982 Tamilen rend des Kriegs in zegowina (1992 bis chweiz über 50000

ungen

tten ist überzeugt, lick auf die aktuelle och viel mehr Menen kann – die Kapausammenarbeit mit uf ieden Fall vorhancheldrahtzaun kann davon abhalten, aus nd zu flüchten, in ınd getötet werden ie Staatsrätin die un-

«Foto des Flüchtlingsjungen am Strand Propaganda der Medienmaschinerie!»



Oskar Freysinger, Staatsrat (SVP)



SVP-Staatsrat Freysinger am 5. September im Walliser Bote. Eine gezielte Hetze mehr, nachdem er bereits im Juni völlig falsche Zahlen über einreisende Flüchtlinge verbreitete.

Schluss mit den Hetztiraden! Der Aufruf der Roten Anneliese auf Seite 3

Briger Stadtrat:

SVP lässt Lehrlinge links liegen

Seite > 7

Frank Garbely exklusiv:

Wie die Zuger Crypto für Amis spionierte

Seite > 8 - 10

Neue Walliser Verfassung:

13 Vorschläge der Roten Anneliese

Seite > 21

Mit neuem Kopf und alter Kraft



Rote Anneliese: RA-Präsidentin Christine Kuster mit Martin Germann, dem neuen Redaktor.

Liebe Leserinnen und Leser

Mit dieser Ausgabe hat Martin Germann als Nachfolger von Tobias Tscherrig die Leitung der Redaktion der Roten Anneliese übernommen.

Martin Germann ist 22-jährig, politisch vielseitig interessiert und seit Jahren unter anderem in der Unia-Jugend Oberwallis aktiv. Von 2009–2012 absolvierte er den Ausbildungsgang im Berufsfeld Soziales/Pädagogik an der Oberwalliser Mittelschule in Brig und schloss 2014 die Fachmatura Soziale Arbeit ab.

Martin Germann arbeitet in einem Teilzeitpensum für die Rote Anneliese und studiert daneben an der Fachhochschule in Bern Soziale Arbeit.

Wir heissen Martin Germann an Bord der Roten Anneliese herzlich willkommen und wünschen ihm viel Lust und Leidenschaft im neuen Job. Der Vorstand der Roten Anneliese ist sich bewusst, dass er sich einer grossen Herausforderung stellt, die allein kaum zu bewältigen ist. Darum haben wir uns entschlossen, Martin Germann zumindest für die Anfangszeit ein kleines Team zur Seite zu stellen, das ihn beim Schreiben, Produzieren und Verwalten der Roten Anneliese aktiv unterstützt.

Denn unser Ziel ist klar: Wir setzen alles daran, die Rote Anneliese, die es seit 42 Jahren und nunmehr 233 Nummern in der Schweiz so einmaliger Weise gibt, zu erhalten und weiter zu entwickeln – auch in Richtung vermehrter Präsenz in den Online-Medien. Sie war, ist und bleibt als kritische Stimme und Oppositionszeitung im Oberwallis unentbehrlich. Wir machen keinen Hehl daraus: Die Rote Anneliese steht in ihrer langen Tradition politisch der linken, sozialen und grünen Bewegung nahe. Den fortschrittlichen Kräften in diesen Reihen möchten wir weiterhin eine Stimme geben. Diese Nähe dokumentieren wir in der vorliegenden Ausgabe, indem wir den links-grünen Parteien bzw. Listen jeweils eine Seite Platz einräumen, damit sie sich im Hinblick auf die wichtigen Wahlen vom 18. Oktober der RA Leserschaft präsentieren können.

Diese Nähe ist gleichzeitig gepaart mit Distanz. Wie in der Vergangenheit wird die Rote Anneliese auch in Zukunft keinen Hofjournalismus betreiben. Wir werden politische Missstände, soziale Ungerechtigkeiten, wirtschaftliche Unterdrückung und gesellschaftliche Diskriminierungen aufdecken und an den Pranger stellen, unabhängig davon, wer sie zu verantworten hat.

In diesem Sinne danken wir Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, für die Unterstützung, auf die wir dringend angewiesen sind. Als Abonnenten, SpenderInnen oder sogar als Mitglieder des Vereins «Rote Anneliese» können Sie dazu beitragen, unsere Zeitung mit aller Kraft in Fahrt zu halten.

Christine Kuster, Präsidentin des Vereins «Rote Anneliese»

Inhalt

Unterstützungsaufruf: Schluss mit der fremdenfeindlichen Hetze Das kann jede(R) von uns tun Industrie: Wie die Walliser Industrie leidet 5 Wallis braucht wirksame Energie-Strategie Berufsbildungskommission Brig: Stadtrat sabotiert Lehrlingskontrollen 7 Crypto AG: Wie die Crypto für die NSA spionierte 8 - 10Copwatch: Umstrittenes neues Polizeigesetz 11 Walliser PolitikerInnen im Politfilz 12/13 Wahlen Spezial: Forum der Parteien 14-17 Hilar Eggel: Produktion und Klassenkampf 18/19 Ein anderer Blickwinkel: Von brennenden Fähnchen und Flüchtlingsheimen 20 Neue Verfassung: Dreizehn konkrete Vorschläge 21 Dicke Eier: Dies und das

ROTE ANNELIESE Die kritische Stimme des Oberwallis

IMPRESSUM

HERAUSGEBER Verein Rote Anneliese Postfach 441 3900 Brig-Glis

3900 Brig-Glis Tel. 027 923 63 89 rote.anneliese@rhone.ch

INTERNET www.roteanneliese.ch

FACEBOOK facebook.com/rote.anneliese

REDAKTOR

MITARBEITER

Martin Germann Hilar Eggel, Frank Garbely, David Gundi, Beat Jost, Michael Näpfli

ILLUSTRATION

DRUCK

Joel Anderegg

s+z:gutzumdruck 3902 Brig-Glis Die Rote Anneliese sucht motivierte Strassen-verkäufer/innen

Der Veranstaltungskalender der RA

Bei Interesse melden Sie sich unter: Rote Anneliese Postfach 441 3900 Brig

Dammbruch:

Sieg für die Demokratie

oder via E-Mail: rote.anneliese@rhone.ch



22

23

24

UNTERSTÜTZUNGSAUFRUF DER ROTEN ANNELIESE

Schluss mit den menschenverachtenden Hetztiraden von Staatsrat Freysinger und Co.!



Letzte Woche ging das Bild des 3-jährigen syrischen Buben Aylan (3) um die Welt. Ertrunken im Mittelmeer, gestrandet an der Küste im türkischen Bodrum. Wer ein Herz hat, war erschüttert. Und traurig. Nicht so SVP-Staatsrat Freysinger: In zynischer und menschenverachtender Weise erklärte er im «Walliser Bote» wortwörtlich: «Das Foto des Flüchtlingsjungen am Strand ist eine Propaganda der Medienmaschinerie». Und: Die momentane Flüchtlings-Situation sei «ein Witz». 2. Der Walliser Staatsrat muss sich von Das ist keine Entgleisung. Sondern gezielte politische Hetze. Seit Monaten schiesst die SVP aus allen propagandistischen Rohren auf Flüchtlinge und Asylsuchende. Sie spricht von Chaos, vom Ende der Schweiz. Die Partei des Milliardärs Blocher spielt mit den Ängsten der Bevölkerung. Und will die Schuld an den sozialen Missständen in der Schweiz den Ausländerinnen und Ausländern zuschieben. Sind die SVPO-Exponenten Franz Ruppen und Patrick Hildbrand auf derselben Welle wie ihr Vorbeter Freysinger? Oder werden sie sich auf Plakaten, Flyern und Inseraten von den unhaltbaren Aussagen ihres Staatsrats distanzieren?

Und was macht die Walliser Regierung? Toleriert sie die Positionen ihres Bildungsministers, der durch seine verächtlichen, zynischen Äusserungen definitiv zur Schande für das Wallis wird? Wird der Gesamtstaatsrat von den skandalösen Hetztiraden von Freysinger Abstand nehmen?

Die Unterzeichnenden dieses Aufrufs fordern.

- 1. Staatsrats Oskar Freysinger muss sich für seine Aussagen entschuldigen
- der Aussage seines Regierungsmitgliedes distanzieren und die ungeheuerliche Aussage verurteilen.
- 3. Die SVP und namentlich ihre Walliser Exponenten Franz Ruppen und Patrick Hildbrand sollen öffentlich erklären, ob sie Freysingers Meinung teilen.

ErstunterzeichnerInnen (alphabetisch)

Beat Albrecht, Schauspieler & Regisseur, Bister/Solothurn; Hermann Anthamatten, Theaterregisseur/Dozent, Brig-Glis; Bernhard Aufdereggen, Arzt, Baltschieder; Thomas Burgener, alt Staatsrat u. Nationalrat, Visp; Jean-Pierre D'Alpaos, Kulturschaffender, Naters; Hilar Eggel, Theologe/Ökonom, Naters; Frank Garbely, Journalist u.

Dokumentarfilmer, Reckingen/Genf; Martin Germann, Redaktor Rote Anneliese, Brig; Marcel Gruber, Brig-Glis; David Gundi, Gewerkschaftssekretär IG Jugend, Brig-Glis; Rolf Hermann, Schriftsteller, Susten/Biel; Regula Imboden, Schauspielerin, Sitten/Zürich; Pierre Imhasly, Schriftsteller, Visp; Elisabeth Joris, Historikerin, Visp/Zürich; Reinhard Jossen, Malermeister, Brig-Glis; Beat **Jost**, alt Grossrat/Gewerkschaftssekretär, Albinen; **Christine Kuster**, Präsidentin Verein Rote Anneliese, Brig-Glis; Klaus Minnig, alt Stadtrat/Präsident WWF Oberwallis, Brig-Glis; Doris Schmidhalter, Grossrätin/SPO-Präsidentin, Ried-Brig; Christian Schnidrig, Co-Präsident Piratenpartei, Naters; Gilbert Truffer, Grossratsabgeordneter, Visp/Grächen; Andreas Weissen, Sagenerzähler und Kulturvermittler, Brig; Renata Werlen, Gewerkschaftssekretärin. Naters: Sebastian Werlen, Präsident JUS00 Oberwallis; Daniela Zenklusen, Integrationsbeauftragte, Brig-Glis.

Wer diesen Aufruf namentlich unterstützen will, kann dies wie folgt tun:

Online über: www.roteanneliese.ch Per Email an: rote.anneliese@rhone.ch

Flüchtlingsnot:

Konkrete Tipps und Vorschläge, so kann jede(r) helfen

WALLIS Während Staatsrat Freysinger und Konsorten munter gegen Flüchtlinge hetzen, sagen wir uns: Das ganze Thema lässt sich auch konstruktiv angehen. Hier einige Vorschläge der Roten Anneliese, wie Frau und Herr Oberwalliser konkret etwas machen kann, um Flüchtlingen in Not zu helfen.



Foto: Initiative Echte Soziale Marktwirtschaft (IESM)/pixelio.de

Solikarte

Die finanziellen Ressourcen von Flüchtlingen sind begrenzt. Deshalb haben ein paar engagierte Menschen das Solikarten-Kollektiv gegründet. Die Idee der Solikarte ist einfach: Gemeinsam sammeln unzählige Menschen Migros-Cumulus Punkte auf dasselbe Cumulus-Punktekonto. Alle zwei Monate zahlt Migros diese Cumulus-Punkte in Form von Gutscheinen aus, die wie Bargeld beim nächsten Einkauf in der Migros verwendet werden können. Mit den Migros-Gutscheinen werden Menschen unterstützt, welche von der Nothilfe abhängig sind oder als Sans-Papiers in der Schweiz leben. Die Teilnahme am Solikarten-Projekt ist einfach und in der ganzen Schweiz möglich. Alle Infos gibt es auf:

www.solikarte.ch

Spenden

Seit 79 Jahren setzt sich die Schweizerische Flüchtlingshilfe für den Schutz von Flüchtlingen und die Wahrung der Menschenwürde ein. Die Flüchtlingshilfe ist in folgenden Tätigkeitsfeldern aktiv:

- Juristische Beratung
- Länderanalyse
- · Öffentlichkeitsarbeit/Lobbying
- Bildung/ Sensibilisierung

Gerade in Zeiten wie diesen ist die Flüchtlingshilfe auf Spenden dringend angewiesen. Spenden sind auf das Konto 30-1085-7 möglich. Weitere Informationen über die Tätigkeiten der Schweizerischen Flüchtlingshilfe gibt es unter:

www.fluechtlingshilfe.ch

Kontakte knüpfen und pflegen

Flüchtlinge die in der Schweiz leben, sind häufig sozial isoliert. Neben fehlenden Orts- und Sprachkenntnissen fehlt ihnen auch ein soziales Umfeld mit dem sie Kontakte pflegen können. Dem kann man einfach Abhilfe schaffen.

Das Forum Migration Oberwallis vermittelt auf Anfrage gerne Kontakte zu Menschen. Diese freuen sich, wenn sie andere Leute finden, mit denen sie etwas unternehmen oder auch einfach nur reden können. Für Leute, die in Vereinen sind, bietet es sich auch an, Flüchtlinge in das Vereinsleben zu integrieren. So tut man gleichzeitig noch etwas gegen das Vereinssterben. Interessierte können sich hier melden:

info@forum-migration.ch

Gemeinsames Wohnen

Die private Unterbringung von Flüchtlingen bietet Chancen für alle. Einerseits kann sie helfen kulturelle Barrieren abzubauen, andererseits ermöglicht sie eine raschere Integration von Flüchtlingen. Mehrere Kantone unterstützen die private Unterbringung von Flüchtlingen. Zwei junge BernerInnen haben gar ein Projekt lanciert, welches Schweizer Wohngemeinschaften mit Flüchtlingen zusammenführt. Obwohl Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten erst kürzlich verlauten liess, dass es an Wohnungen für die längerfristige Unterbringung für Flüchtlinge fehle, ist die private Unterbringung im Kanton Wallis noch nicht möglich. Um dies zu ändern, wende man sich direkt an Staatsrätin Waeber-Kalbermatten:

esther.waeber@admin.vs.ch

RA-Kommentar

Die Schweiz muss Teil menschenwürdiger Lösungen sein

Die Situation ist grotesk. In Deutschland werden dieses Jahr absehbbar eine Million Menschen ein Asylgesuch stellen. In der Schweiz sind es nur 30000. Für Deutschland ist die Schweiz bezüglich Beschleunigung der Asylverfahren und Bezeichnung sicherer Herkunfsländer ein Vorbild.

Schengen/Dublin gescheitert

Fast allen – selbst Angela Merkel – ist klar, dass das bisherige System Schengen-Dublin unter den veränderten Bedingungen nicht mehr funktioniert. Ein neues System wird Schengen/Dublin ablösen. Wie es aussehen wird, ist in Umrissen schon erkennbar: Die Flüchtlinge sollen auf alle Länder verteilt werden. Dies nach einem Schlüssel, der vorab die Bevölkerungszahl, die Wirtschaftskraft und die Zahl der

bisher aufgenommenen Flüchtlinge berücksichtigt. Wer nicht mitmachen will, kann sich im Rahmen eines «Ablasshandels« von der Verpflichtung freikaufen, Flüchtlinge zu übernehmen. Das ist ein beachtlicher Fortschritt, aber wahrscheinlich nur ein Schritt auf dem Weg in Richtung Personenfreizügigkeit für einmal aufgenommene Flüchtlinge innerhalb des Schengen-Dublin-Raumes, zu dem auch die Schweiz gehört. Gesamthaft braucht Europa aus demographischen Gründen Zuwanderung. Das haben in Deutschland das Kapital und die Regierungsparteien inzwischen begriffen.

Was macht die Schweiz?

Die Schweiz muss bei einem neuen Schengen/Dublin-Abkommen mitmachen. Alles andere geht nicht. Denn wenige Länder haben mehr Interesse an festen Quoten als die Schweiz. Es ist einmal mehr ein Nachteil, dass die Schweiz nicht Mitglied der EU ist. Sonst könnten wir beim Aushandeln der neuen Regeln Einfluss nehmen und mitreden. Umso wichtiger ist es, dass wir uns mit verschiedenen denkbaren Szenarien auseinandersetzen

Zwei offene Fragen

Die Hauptverantwortlichen für die Implosion der Staaten zwischen Libyen und dem Irak sind die Amerikaner. Und alle, die mit ihnen zusammen für die gescheiterten Invasionen verantwortlich sind.

Umso wichtiger ist ein neuer «Marshall-Plan» für diese Länder, der überall dort den Wiederaufbau ermöglicht, wo im Ansatz positive Entwicklungen dafür vorhanden sind. So wie nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa.

Die Hauptlast der Flüchtlinge tragen heute Länder wie der Libanon, Jordanien oder die Türkei. Die UNO hat zu wenig Geld, um in den Flüchtlingslagern die Versorgung der Menschen mit sauberem Wasser, Lebensmitteln und medizinischen Leistungen sicher zu stellen. Hier kann und muss die Schweiz finanziell und diplomatisch mehr machen als bisher.

Es braucht ein Schengen-Dublin 2.0. Die Schweiz muss Bestandteil dieses Raumes und menschenwürdiger Lösungen sein und bleiben. Die Schweiz muss mehr Mittel für die Hilfe vor Ort zur Verfügung stellen. Und international dank Vorbildfunktion den Druck erhöhen, damit möglichst viele Länder mitziehen.



Lonza: Wieder 90 Jobs weg.



Scintilla: 35000 Stunden gratis.



Explosifs: Abbau & Kurzarbeit.



Constellium: Kurzarbeit droht.

Der wichtigste Wirtschaftszweig in der Franken-Krise:

Die Walliser Industrie leidet – und niemand kümmert es

Wallis | 22000 Menschen arbeiten in der Walliser Industrie – soviel wie in keiner anderen Branche. Die extrem exportabhängigen Betriebe leiden seit Monaten unter dem viel zu starken Franken. Himmeltraurig aber wahr: Selbst im laufenden Wahlkampf erregt jede Hundsverlochete und jeder Pipifax politisch mehr Beachtung als die drohende Deindustrialisierung.

Liest man den WB und hört man den Politikern zu, könnte man meinen, wir seien ein Volk von Schafbauern und der Wolf unser grösstes Problem. Oder man schaue sich die Plakate an: Wenn überhaupt von Wirtschaft die Rede ist, was selten genug vorkommt, dann im besten Fall von Tourismus. Sicher: Der ist wichtig. Und er hat seit der staatsstreichartigen, verantwortungslosen Aufhebung des Euro-Mindestkurses von 1,20 noch ein paar erdrückende Probleme mehr. Vielen Gastrobetrieben droht die Pleite und mehr als eine Bergbahn steht am Abgrund.

Nur: 17000 Arbeitsplätze im Tourismus sind gemessen an der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung nur halb soviel wert wie die 22000 Industrie-Arbeitsplätze im Kanton. Und man fragt sich: Wieso verdammt nochmal kümmert das im Oberwallis ausser den Gewerkschaften niemand?

Verbrannte Industrie-Erde im Chablais

In der Ausgabe vom 3. September zeigte der Unterwalliser «Nouvelliste» – bildlich eindrücklich dargestellt – wie in der Industrie-Region Monthey/ Chablais seit rund neun Monaten Industrie-Jobs abgefackelt werden. Der Abbau von insgesamt 550 Arbeitsplätzen ist schon angekündigt: Minus 238 bei Tamoil, minus 116 bei Syngenta, minus 90 bei EgoKiefer.

Die Lage ist auch im Oberwallis ernst Und wie sieht es in den grossen Oberwalliser Betrieben, die praktisch alle am Export-Tropf hängen und vom starken Franken mehr als gewürgt werden? Eine Chronologie der letzten Monate verdeutlicht, wie ernst die Lage ist:

9. März 2015: Die Schweizer Bosch-Tochter Scintilla zwingt den Beschäftigten der beiden Fabriken in Zuchwil SO und St. Niklaus VS eine unbezahlte Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit von 40 auf 41,5 Stunden auf. Am Standort St. Niklaus sind 600 Mitarbeitende von der vorerst bis Ende 2015 befristeten Massnahme betroffen. 1,5 Stunden Gratisarbeit pro Woche – ist doch geschenkt, oder? Mitnichten: In St. Niklaus läppern sich auf diese Weise schätzungsweise 35 000 Stunden Mehrarbeit ohne Lohn und Sozialleistungen zusammen. Büez für gut und gern 20 Leute.

17. April 2015: Die Sprengstoff-Produzentin «Société Suisse des Explo-

sifs» (SSE) in Gamsen kündigt den Abbau von 15 der 120 Arbeitsplätze an – der erste Stellenabbau seit 25 Jahren. Man sei aufgrund des Rückgangs im Schweizer Sprengstoffmarkt sowie den Schwankungen im Chemiebereich dazu gezwungen.

7. Juli 2015: Erneut schlechte Nachrichten von der SSE in Gamsen. Aufgrund der tiefen Auslastung müsse das Unternehmen ab September Kurzarbeit einführen. Gegenüber der Roten Anneliese erklärte der Verwaltungsrats-Delegierte Daniel Antille letzte Woche, die Situation habe sich leicht entspannt, so dass die Kurzarbeit für die 110 Beschäftigten frühestens im Januar/Februar ein Thema werde.

22. Juli 2015: Die Lonza Visp kündigt den Abbau von weiteren 90 Stellen an. Und schliesst weitere Massnahmen nicht aus. Begründung: In Visp bestehe aufgrund des starken Frankens die Gefahr, dass man weniger wettbewerbsfähig sei. Mit einem Mindestkurs von 1,20 wäre die Lonza wieder auf Kurs.

9. September 2015: Auch in der ehemaligen Alusuisse-Giesserei in Steg sind die Diskussionen und Planungen über allfällige Massnahmen «im vollen Gang», bestätigt uns auf Anfrage ein Sprecher von Constellium. Ein Giesserei-Mitarbeiter sagt dazu: «Der harte Franken bringt uns schwer ins Schwitzen. Dabei ist es ist unserer Giesserei auch ohne Jordan schon heiss genug.»

Wieder 1,20 - aber ohne Jordan und Co.!

Der gelbe Ständerat René Imoberdorf sitzt lieber bei der deutschen EnAlpin seine Verwaltungsrats-Tantiemen ab, statt sich für die Politik der Nationalbank zu interessieren. Sein Parteikollege Thomas Egger, der jetzt in den Nationalrat drängt, hätte als Direktor der von der öffentlich Hand finanzierten, parastaatlichen Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) die Aufgabe, sich um die tatsächlichen Probleme im Alpenraum zu kümmern. Stattdessen betreibt er neuerdings mit SAB-Geldern missbräuchlich die Geschäftsstelle «Schweiz ohne Grossraubtiere». Dabei sind die politischen Forderungen klar, die jetzt im Interesse der Industrie und des Tourismus im Wallis in Bern mit grösstem Nachdruck aufs Tapet gebracht werden müssen:

- 1. Absetzung des Nationalbank-Direktoriums unter Thomas Jordan. Er hat mit der Aufhebung des Euro-Mindestkurses seine Glaubwürdigkeit zerstört. Es braucht ein neues Direktorium.
- 2. Sofortige Wiedereinführung und Verteidigung eines Euro-Mindestkurses von 1,20 Franken. Wie das problemlos geht, macht Dänemark schon seit 1982 unaufgeregt vor.
- 3. Schaffung eines 400 Milliarden schweren Staatsfonds aus dem vorhandenen Nationalbank-Vermögen. Mit den jährlichen Zinserträgen von 8 bis 12 Milliarden Franken können die nötigen Investitionen in den ökologischen Umbau der Industrie und in die Modernisierung der Infrastrukturen auch der touristischen finanziert werden.

Die Frage ist: Wann erwachen unsere Politiker endlich?

Wallis braucht dringend neue Energie-Strategie:

Solarstrom für 2 Rappen – wann erwacht das Wallis?

Wallis I Das Wallis setzt auf die Zusammenarbeit mit der EPFL in Lausanne. Sie will in Sachen Energie führend werden. Viele gehen davon aus, dass man im Wallis jene Professoren parkiert, die man in Lausanne und in Neuenburg nicht brauchen kann. Als von den Walliser Steuerzahlenden finanziertes Nebendepot. Die Zukunft wird zeigen, ob die Befürchtungen berechtigt sind oder sich in Luft auflösen.

Professor Christoph Ballif ist im Rahmen der EPFL in Sachen Solarenergie federführend. Er geht davon aus, dass der Preis pro Kilowattstunde Solarenergie auf 2 bis 3 Rappen sinken wird. Der Grund: Die weiter entwickelten Solarzellen der nächsten Generation werden Bestandteil der Gebäudehüllen.

Walliser Wasserkraft mit dem Rücken zur Wand

Wenn parallel dazu die Kosten der Batterien sinken, steht die Walliser Wasserkraft mit dem Rücken zur Wand. Bereits investieren BKW und Axpo europaweit in Solar- und Windenergie, weil Offshore-Windkraftwerke heute bereits günstiger Strom produzieren als alle anderen neuen Kraftwerke.

Die Gefahr ist real, dass die Oberwalliser Energieunternehmen, die immer noch wie ehemalige sowjetische Kolchosen verwaltet werden, die Entwicklungen verpassen.

Das Wallis braucht dringend eine neue Strategie mit folgenden Eckpunkten:

- Wir müssen alle Kraftwerke heimfallen lassen.
- Betrieb und Unterhalt der Kraftwerke müssen dank Nutzung der Synergien und technischem Fortschritt, der auch vor der Wasserkraft nicht Halt machen wird, billiger werden.

 Es braucht alpenkompatible Windkraftwerke der nächsten Generation, welche im Winter Strom liefern. Also immer dann, wenn Solarkraftwerke und Laufkraftwerke zu wenig Energie produzieren.

Was sind alpenkompatible Windkraftwerke?

Bleibt die Frage, wie alpenkompatible Windkraftwerke der nächsten Generation aussehen könnten. Am meisten Potential scheint uns der Ansatz der Unternehmung Agile Windpower mit ihren vertikalen Windkraftwerken zu haben. Die Vorteile:

- Ein Windkraftwerk soll an guten Standorten bis zu
 19 Millionen Kilowattstunden Strom produzieren.
 300 Windturbinen würden ein Atomkraftwerk ersetzen
- Der Bau der Anlagen bedingt keine grossen Zufahrtspisten, weil die Anlage auf Platz zusammengeschraubt werden kann.
- Die vertikalen Windräder drehen sich langsam im Wind. Zugvögel nehmen diese als Wand wahr und umfliegen sie.
- Pro Quadratkilometer Fläche kann man 10 Mal mehr Energie produzieren als mit Enercon-Anlagen wie sie im Bereich des Griesstausees installiert werden.



Agile Windpower: Prototyp eines vertikalen Windrades.

Vielleicht – vielleicht auch nicht. Aber die ersten Prototypen sollen in den nächsten zwei, drei Jahren ans Netz gehen. Sie könnten ein neues Zeitalter der Wind- und Winterenergie in den Alpen einläuten.

Weitere Infos: http://bit.ly/1Mmrom0

Bund rettet Auenlandschaften:

Staatsrat vergisst Squaratti

Staatsrat und Fraktionschefs besuchten in Corpore den Papst in Rom. Auf Kosten der Steuerzahler. Für die Walliser Regierung hat sich vor 200 Jahren die Schweiz ins Wallis verliebt. Ein nicht zu überbietender historischer Blödsinn. Dies alles wird im Amtsblatt abgefeiert, das sich immer mehr zur Prawda des konzeptlosen Staatsrates entwickelt.

Umgekehrt kümmert sich in Sitten niemand um die realen Dossiers dieses Kantons. Ein weiteres schönes Beispiel sind die Auenlandschaften, derentwegen zurzeit die Gemeinde Gondo aus allen Wolken fällt.

Und so geht die Geschichte: Alpiq ist die Hauptaktionärin der EES, die im Simplon-Gebiet mit Wasserkraft 250 Millionen Kilowattstunden Strom produziert. Der Kanton ist über die FMV einerseits Minderheitsaktionär der EES und anderseits auch Aktionär der Alpiq. Also doppelt beteiligt. Die EES hat gegen den Willen von Minderheitsaktionären rund 8 Millionen Franken in die Planung eines Pumpspeicherkraftwerkes im Zwischenbergental investiert. Dies war ein Beschäf-

tigungsprogramm vorab für Waadtländer Ingenieurbüros. Unterstützt wurde der Wahnsinn auf Kosten der Aktionäre und der Gemeinden ausgerechnet durch den Gemeindepräsidenten von Gondo, Roland Squaratti.

Der Bund will das hintere Zwischbergental als Auenlandschaft ausscheiden. Er hat den Kanton Wallis um eine Stellungnahme gebeten. Die beiden zuständigen Walliser CVP-Staatsräte haben dieses und die anderen Auenland-Dossiers nicht angeschaut. Und schon gar nicht die betroffenen CVP-Gemeinden um Stellungsnahmen ge-



beten. Stattdessen teilte die allmächtige Kantonsverwaltung dem Bund mit, sie würde die geplante Ausdehnung der Auenlandschaften unterstützen. Ökonomisch war, ist und bleibt ein neues Pumpspeicherwerk im Zwischbergental ein Irrsinn. Warum die FMV und die Vertreter des Staates Wallis bei der teuren Planung dieses Irrsinns mitgemacht haben, ist unverständlich. Den Gemeinden Simplon-Dorf und Gondo entgingen so Steuern von 1,6 Millionen Franken. Die Gelder flossen nach Lausanne. Mit etwas abgesägten Hosen steht Roland Squaratti da.



Freysinger & Ursprung: Die SVP-Politiker tricksten SP-Stadtrat Schmidhalter aus – als er krank war.





Briger Stadtrat sabotiert gesetzeswidrig Lehrlinskontrollen:

SVP-Mischler lassen 600 Lehrlinge links liegen

Brig-Glis Seit bald zwei Jahren verstösst der Briger Stadtrat bewusst gegen geltendes Lehrlingsrecht. Der zuständige Staatsrat Freysinger schaut nicht nur zu, sondern unterstützt dieses gesetzeswidrige Vorgehen auch noch.

Das kantonale Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung schreibt in Artikel 25 klipp und klar vor: «Jede Gemeinde bestellt ein Kommission, die zu Beginn jeder Amtsperdiode durch den Gemeinderat ernannt wird.» Und ebenso unmissverständlich sind die gesetzlichen Aufgaben dieser Kommissionen. Diese haben sicherzustellen, dass jede Lehre, die auf ihrem Gebiet ausgeführt wird, gut verläuft. Hinzu kommt die Aufgabe, alle Lernenden des ersten oder zweiten Lehrjahres mindestens einmal an ihrem Arbeitsplatz zu besuchen.

In drei der vier grössten Oberwalliser Talgemeinden (Visp, Naters und Leuk) funktioniert dies gemäss Angaben der Gemeinden einwandfrei. Nicht so in Brig-Glis. Dort weigerte sich der Stadtrat während Jahren, überhaupt eine Berufsbildungskommission einzusetzen. Man werde erst reagieren, wenn der Kanton dies verlange. Nach Medienberichten, einer Intervention des Oberwalliser Gewerkschaftsbundes (OGB) und einer Interpellation von Grossrat German Eyer wurde schliesslich widerwillig eine Kommission gebildet.

Der grosse Haken dabei: Die Kommission unter dem Präsidium von

SP-Stadtrat Karl Schmidhalter wurde bis heute nicht aktiv! Und das mit Zustimmung des zuständigen SVP-Staatsrats Oskar Freysinger. Der Bildungsminister hatte sich mit dem Briger Stadtpräsident und Parteifreund Louis Ursprung auf diesen Gesetzesbruch geeinigt. Laut dieser befürwortet Freysinger die Praxis, dass erst interveniert wird, wenn Beschwerden von Lehrlingen oder Lehrmeistern vorliegen. In der Gemeinde Brig-Glis wird also wissentlich und willentlich gegen geltendes Recht verstossen. Wichtige Aufgaben des Berufsbildungsgesetzes werden schlichtweg ignoriert.

Als die Rote Anneliese Staatsrat Freysinger mit den Vorwürfen konfrontierte, dass in Brig weiterhin keine Betriebs- und Lehrlingsbesuche durchgeführt werden, blockte dieser ab. Er schob die ganze Verantwortung auf den zuständigen Stadtrat Karl Schmidhalter. Freysinger schreibt, er sei darüber informiert worden, dass Stadtrat Karl Schmidhalter seine Tätigkeit als Präsident der Berufsbildungskommission aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr wahrnehmen könne. Die Gemeinde habe ihren Auftrag wahrgenommen, aber der Ausfall vor Schmidhalter

habe sie vor ein Problem gestellt. Eine faule Ausrede von Freysinger, die kilometerweit von Sitten bis Brig stinkt. Denn die betreffende Mail, in welcher Gemeindeschreiber Eduard Brogli Freysinger über den Krankheitsausfall von Schmidhalter informiert, datiert auf den 5. Mai 2014. Inzwischen ist Schmidhalter längst wieder arbeits- und amtsfähig. Damit ist definitiv entlarvt, dass Staatsrat Freysinger, Stadtpräsident Ursprung und der Stadtrat von Brig in Wirklichkeit kein Interesse an einer funktionierenden Lehrlingskontrolle gemäss den gesetzlichen Vorgaben haben.

Warum akzeptiert ausgerechnet SP-Stadtrat Schmidhalter, dass ihm in einem wichtigen Zuständigkeitsbereich das Heft aus der Hand genommen wird? In seiner Abwesenheit rechtswidrige Abmachungen getroffen werden? Und wieso duldet er die Kaltstellung seiner eigenen Kommission? Die Rote Anneliese hat Schmidhalter mit diesen Fragen konfrontiert. Schmidhalter erklärt die fehlende Kontrolle unter anderem mit der sehr hohen Anzahl von 600 Lehrlingen, die es auf dem Gebiet der Stadtgemeinde Brig-Glis gibt. Die Entscheidung, keine regelmässigen Kontrollen durchzuführen, sei vom Stadtrat gefällt worden.

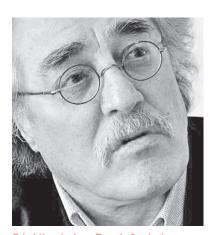
Er werde, falls Anlass dazu bestehe, intervenieren, um die momentan gängige Praxis zu ändern.

Dies ist dann wohl auch dringend notwendig. Die Zahl von Lehrlingsabbrüchen ist unverändert hoch. Besuche von Berufsbildungskommissionen können dem teilweise entgegenwirken. Doch nicht nur das. So haben die Besuche auch eine präventive Wirkung. Konflikte können früher erkannt und behoben werden und die Lehrlinge werden sich der Existenz der Berufsbildungskommission bewusst.

Info

Falls Probleme in der Lehre auftreten, können sich Betroffene bei der Lehrlingskommission ihrer Gemeinde melden. Die Jugendkommission des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes hat eine lesenswerte Broschüre mit dem Titel «Ich kenne meine Rechte – Lehrlings- und Jugendrecht von A bis Z» herausgegeben. Dies gibt es in gedruckter Form beispielsweise im Unia Büro in Visp oder digital unter folgendem Link: http://bit.ly/1itDz30

Frank Garbely exklusiv



RA-Mitarbeiter Frank Garbely: Kennt die Hintergründe und Hintermänner im Crypto-Skandal.



Spionage-Skandal der Zuger Crypto AG:

Der Spion, der aus der Schweizer Chiffriermaschine kam

Bern I Mit Wissen des Bundesrates und tatkräftiger Unterstützung der Bundesanwaltschaft haben die NSA, der «geheimste Nachrichtendienst der USA», und der deutsche Bundesnachrichtendienst die Schweizer Firma Crypto AG benutzt, um jahrelang Länder wie den Iran, den Irak, Ägypten oder Libyen auszuspionieren.

Die Verbindung zur NSA wäre nichts als ein kreditschädigendes Gerücht, gestreut von Konkurrenten, die so der Crypto AG Kunden abjagen möchten: «Keiner unserer Kunden würde bei uns kaufen, wenn auch nur der leiseste Zweifel an der Integrität unserer Firma bestünde». So oder ähnlich hat die Direktion der Zuger Herstellerin von Chiffriergeräten stets jegliche Nähe zur NSA und anderen Diensten heftig abgestritten. Jetzt wissen wir: Das war gelogen.

Bereits im Jahre 1955 hatten die NSA und Crypto-Gründer Boris Hagelin eine Zusammenarbeit ausgehandelt – noch bevor die Crypto AG die eigentliche Produktion von Chiffriergeräten in Zug aufnahm. Das behauptet nicht irgendein schräger Whistelblower, das belegen offizielle NSA-Dokumente, publiziert von der NSA selbst.¹

Ende April gab die NSA über 52000 Seiten bisher geheimer Dokumente frei und stellte sie ins Netz. Es handelt sich um eine Dokumentensammlung von William F. Friedman (1891–1969), langjähriger NSA-Mitarbeiter, zuletzt Sonder-Assistent der NSA-Direktion. William F. Friedman, auch «Gottvater der US-amerikanischen Kryptologie» betitelt, gilt als der herausragende Pionier der Verschlüsse-

lungstechnik in den USA. Ganze Generationen von Geheimagenten bei NSA, CIA und der US-Army wurden nach seinen Anweisungen geschult.

William F. Friedman war viele Jahre lang eng befreundet mit dem Schweden Boris Hagelin (1892–1983), ebenfalls ein begnadeter Kryptologe. Von 1940 bis 1944 lebte Boris Hagelin in den USA, sein Freund Friedman hatte ihn zur NSA geholt. Nach dem Krieg kehrte er als Pensionist nach Europa zurück und gründete in Zug die Crypto AG.

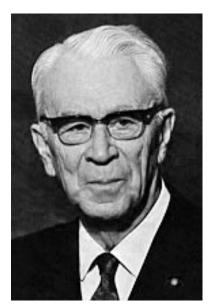
Nicht weniger als 350 Dokumente mit weit über 1000 Seiten der Friedman-Papiere betreffen die Crypto AG.: Briefe, Notizen, Photos, Memos etc. Diese Schriftsätze dokumentieren ein geradezu blindes Vertrauen des Crypto-Gründers zu William F. Friedman und der NSA.

Das wichtigste Dokumente der freigegebenen Friedman-Papiere: Ein 22 Seiten langer Report über einen Besuch William F. Friedmans bei der Crypto AG². Der Sonder-Assistent des NSA-Direktors weilte vom 21. bis 28. Februar 1955 in Zug und verhandelte mit Boris Hagelin über eine Zusammenarbeit mit der NSA. Zahlreiche Passagen des Reports sind eingeschwärzt, so dass noch immer geheim bleibt, was genau vereinbart wurde. Soviel aber geht aus

dem Friedman-Report hervor: Hagelin stimmte den NSA-Vorschlägen bedenkenlos zu. Und: Hagelin versprach, die Crypto AG werde die NSA regelmässig über neue Entwicklungen informieren und auch darüber, welche Geräte sie an welche Länder liefere.

Immer wieder kursierten Gerüchte über mögliche Beziehungen der NSA zur Crypto AG. Erstmals im Jahre 1982. Damals beschrieb der NSA-Spezialist James Bamford in seinem ersten Bestseller über die NSA ein «Projekt Boris» und erwähnte bereits die enge Beziehung zwischen dem führenden NSA-Kryptologen William F. Friedman und Crypto-Gründer Boris Hagelin.³ In den folgenden Jahren verstärkte sich der Verdacht. Aber erst der Fall Hans Bühler entschlüsselte zumindest einen Teil der Geheimnisse rund um die mysteriöse Zusammenarbeit mit fremden Diensten.⁴

Hans Bühler (74) wurde am 18. März 1992 in Teheran verhaftet und in ein Militärgefängnis eingesperrt. Seit 13 Jahren bereits arbeitete er für die Crypto AG. Sein Job: Verkauf von Verschlüsselungsgeräten. Seine Kunden: Ministerien, Armeen, Polizei- und Nachrichtendienste. Hans Bühler war mit Abstand der erfolgreichste Verkäufer der Crypto



Boris Hagelin: Crypto-Gründer im Spionagedienst.

AG. Und der Iran einer seiner Grosskunden. Eigens für das Iran-Geschäft hatte er Farsi gelernt. Seit zehn Jahren reiste er regelmässig nach Teheran, im Schnitt zweimal pro Jahr. Die Verhaftung hielt er zuerst für ein Missverständnis. Das Missverständnis dauerte geschlagene 9 ½ Monate.

Am 4. Januar 1994 wurde Hans Bühler endlich freigelassen. Als er ein Tag später in Zürich-Kloten landete, erklärte er: «Es war sehr hart, aber die Iraner haben mich korrekt behandelt». Dann bedankte er sich mit Nachdruck bei seinem Arbeitgeber. Die Crypto AG hatte für ihn in Teheran eine Kaution in der Höhe von einer Million Dollar hinterlegt.

Doch kaum zurück in der Schweiz, wurde er gefeuert: «Das Vertrauensverhältnis ist schwer gestört. Für eine Weiterbeschäftigung besteht kein Bedarf», hiess es im Entlassungsschreiben. Noch schockierender als die Entlassung: die Crypto AG verlangte von Bühler die Rückerstattung der Kaution, denn seine Verhaftung im Iran hatte nichts mit der Crypto AG zu tun. Hans Bühler bat um eine Aussprache mit der Direktion. Doch die liess ihn abblitzen und verwies ihn an «unseren deutschen Aktionär» Nur-Niemand wollte Bühler diesen Aktionär benennen. Bisher hatte man angenommen, dass die Crypto AG dem Schweden Boris Hagelin gehörte. Doch bei der Gründung im Jahre 1952 besass Boris Hagelin nur gerade eine einzige von insgesamt 50 Aktien. 48 gehörten einer liechtensteinischen Briefkastenfirma, der Anstalt «Europäische Handelsgesellschaft» in Vaduz. Im Namen dieser Anstalt traten später immer wieder Deutsche, meist ehemalige Siemens-Mitarbeiter, auf. Ein früherer Kollege Hans Bühlers, der lange Jahre in der Finanzabteilung der Crypto AG arbeitete, gab ihm einen Tipp: «Der geheime Aktionär heisst Bundesrepublik Deutschland, genauer die Bundesvermögensverwaltung». Nach Recherchen des deutschen Geheimdienst-Experten Erich Schmidt-Eenboom handelte es sich bei der Bundesvermögensverwaltung um eine Tarn- oder Scheinfirma des Bundesnachrichtendienstes.

Siemens, der Bundesnachrichtendienst: Das erinnerte Hans Bühler an die wochenlangen Verhöre im iranischen Militärgefängnis. Immer wieder war er zu Siemens und ausländischen Diensten befragt worden: Was hat Siemens, was haben ausländische Dienste mit der Crypto AG zu tun?

Über die Verhöre im iranischen Militärgefängnis sprach Hans Bühler erstmals ausführlich in einer Rundschau-Reportage.

Bisher hatte Hans Bühler immer erklärt, er wäre im Iran gut behandelt worden, und er wüsste nichts über die Gründe seiner Verhaftung. Doch dem war nicht so. Er war psychisch gefoltert worden, und er hatte sehr wohl gewusst, was ihm die Iraner vorwarfen: Spionage.

«Schon im ersten Verhör haben sie mich beschuldigt: Sie sind ein Spion, sie benutzen die Crypto AG nur als Deckmantel, sie verkaufen die Schlüssel-Codes dieser Firma. Für mich brach eine Welt zusammen», erzählte Hans Bühler.

Was war mit den Schlüssel-Codes? Warum glauben die Iraner, er, Bühler, hätte die Schlüssel-Codes - also die Geheiminformation der Chiffriergeräte – an Nachrichtendienste verkauft? Diese Fragen machten für Bühler keinen Sinn. Er konnte nichts gestehen, weil er nichts wusste. Auch dann nicht, als ihm mit Folter gedroht wurde. Sie setzten ihn vor eine Tür, hinter der angeblich gefoltert wurde; er hörte Schreie, hörte Schläge. Oder er wurde auf ein Folterbett gefesselt. Zuvor hatte er ein ausgepeitschtes Opfer gesehen, blutüberströmt, der ganze Rücken voll Platzwunden. Ein Auspeitscher stand schon einsatzbereit am Folterbett. Doch dann wurde Hans Bühler wieder losgebunden, man wolle ihm noch eine Chance geben, aber wenn er bis morgen nicht rede, würden sie Ernst machen. Doch selbst als sie ihm eine brennende Zigarette an die Wange hielten und sagten, «wir brennen Ihnen die Augen aus», bestritt Bühler Spionage und auch jegliches Wissen über knackbare Chiffriergeräte.

Die Entlassung Bühlers und die Forderung, er müsse die Kaution zurückerstatten, brachten der Crypto AG wenig Sympathie ein. Im Gegenteil: Dieses schuftige Verhalten löste viele Zungen. Mehrere ehemalige Crypto-Mitarbeiter unterstützten Hans Bühler und gaben ihr Geheimwissen preis. P. E., in den 1970er-Jahren Vizedirektor und Chef der Entwicklungsabteilung bei der Crypto AG, stellte alle anderen Quellen in den Schatten. Er hatte Unerhörtes zu berichten: «Amerikanische und deutsche Nachrichtendienste haben Crypto-Geräte manipuliert, damit sie für diese Dienste abhörbar wurden». Für P. E. schien ausser Zweifel: «Diese Manipulationen waren der wahre Grund für Bühlers Verhaftung im Iran».

In einem fast zweistündigen Hintergrundgespräch, das wir im Rahmen der Rundschau-Reportage 1994 zum Fall Bühler aufzeichneten, schilderte P.F. in allen Einzelheiten diese Manipulationen. Einen TV-Auftritt lehnte er jedoch strikt ab: «Ich bin doch nicht lebensmüde». Schliesslich durften wir nur ein paar wenige Sätze eines Mr. X. zitieren. Inzwischen sind 21 Jahre verstrichen und die Crypto AG hat längst erfahren, wer sich hinter Mr. X. verbarg.

«Es kamen Leute aus Bad Godesberg, Deutschland, und brachten die so genannten Chiffrierkonzepte, nach denen die Verschlüsselung in den Geräten abläuft. Früher waren es Leute aus Amerika von der Government Electronic Division in Arizona, damals das amerikanische Geheimdienst-Pendant zu Bad-Godesberg», führte P. F. aus.

P.F. war persönlich mehrmals in Arizona, um die Zusammenarbeit von NSA und Crypto sicherzustellen. Später dann in Deutschland, wo er unter anderem den «Chef-Elektroniker» des Bundesnachrichtendienstes traf. Laut P.F. führten die Chiffrierkonzepte der US-amerikanischen und deutschen Dienste dazu, dass die Crypto-Geräte knackbar wurden. «Sehr vereinfacht formuliert kann man sagen, die Chiffrier-Geräte sendeten praktisch den Schlüssel mit. Sie lieferten Hilfsinformationen, die das Berechnen des Schlüssels erlaubten», so P.F. weiter.

Die Crypto AG gehörte weltweit zu den renommiertesten Firmen, die Chiffriergeräte herstellte. Zu Bühlers Zeiten beschäftigte sie 250 Mitarbeiter, in den besten Jahren waren es über 400, und sie belieferte rund 120 Länder, darunter Länder wie Iran, Irak, Ägypten... Eines der wichtigsten Verkaufsargumente war immer schon die Schweizer Neutralität. Diese war der entscheidende Grund, warum sich die NSA und deutsche Dienste für die Crypto AG interessierten. Die so genannten blockfreien Länder trauten beim Einkauf von Chiffriergeräten weder den USA und den Nato-Ländern, noch dem kommunistischen Block unter Führung der UdSSR. Gegenüber der Crypto AG aus der harmlosen und neutralen Schweiz dagegen hatten sie keinerlei Bedenken. Und in der Tat, es waren von Beginn an vor

Streng Geheim

«Krypto» ist griechisch und heisst «verbergen», «geheim halten». Bei der Crypto AG nimmt man den Namen wörtlich, sehr wörtlich sogar. Laut Angaben ehemaliger Kaderleute beschäftigte die Crypto AG in den besten Jahren über 400 Mitarbeiter, und sie belieferte rund 120 Länder.

Und heute?

Wir riefen am Hauptsitz in Steinhausen an und verlangten den Pressedienst. Eine freundliche Dame nahm den Anruf entgegen und wurde schon bei der ersten Frage stutzig: «Wie bitte? Den was?» Wir hatten den Pressedienst verlangt. Nach zwei, drei weiteren Anrufen hatten wir endlich jemand am Apparat, der, wie wir meinten, autorisiert war zu reden. Wir stellten unsere Fragen: Wie viele Mitarbeiter? Wie viele Abnehmerländer? Wer sind die Aktionäre? Es gab immer nur eine Antwort: Dazu machen wir keine Angaben, keine Auskunft, auch drüber nicht ...

Aber es gibt sie doch – die Crypto AG. Auf einer Karriere Plattform im Internet fanden wir den Erfahrungsbericht eines Mitarbeiters, kurz und typisch Crypto AG: «Streng geheim – aber schön».

Frank Garbely exklusiv

allem diese blockfreien Länder, die ihre Ministerien, Armeen und Geheimdienste mit Crypto-Geräten bestückten. Bereits beim Treffen von 1955 werden mehrere diese Länder ausdrücklich genannt.

Es war Boris Hagelin junior, der Sohn des Firmengründers, der P.F. als erster auf die «löchrigen» Chiffrierkonzepte hingewiesen hatte. «Zuerst habe ich gedacht, ‹dä spinnt ä chli›, das kann nicht sein, das wäre ja eine ungeheure Gangsterei.»

Hagelin junior habe P. F. gesagt, wenn er einmal die Firmenleitung übernehme, werde er keine manipulierten Geräte verkaufen. Dazu kam es nicht. Noch bevor er die Firmenleitung übernehmen konnte, starb er im Jahre 1970 – nach einem schweren Autounfall in New York. Die genauen Umstände dieses Unfalls wurden nie abgeklärt. Trotzdem behauptete P. F.: «Das war kein Unfall, das war ein Attentat.» Die Hinweise von Hagelin junior hatten P. F., damals

bereits Chef der Entwicklungsabteilung, keine Ruhe gelassen: «Ich sagte mir, wenn das wirklich so wäre, müsste ich aussteigen».

1977 hatte P.F. tatsächlich die Crypto AG verlassen. «Die Manipulationen waren für mich eine absolute Tatsache. Bevor ich wegging, habe ich mir Belege erzeugt, zum Teil in Form von Dokumenten. Diese Beweise liegen seither in einem Safe.»

P. E. liess es nicht bei der Kündigung bleiben. Als erstes informierte er einen befreundeten Offizier der Schweizer Armee: Korpskommandant Kurt Bolliger, damals Chef der Flieger- und Flugabwehrtruppe. Der fiel aus allen Wolken, oder tat zumindest so, und schaltete sofort die Bundesanwaltschaft ein.

P. F.: «Ein Mitarbeiter der Bundesanwaltschaft kam zu mir, ziemlich aufgeregt und sehr interessiert. Es gab viele Treffen. Aber plötzlich wurde die Übung abgebrochen. Eines guten Tages erklärt mir der Herr der Bundesanwaltschaft: «Mein Chef hat mich zurückgepfiffen; er will nicht, dass man da weiterbohrt».

P.F. fragte nach dem Grund dafür. Die Antwort war eisernes Schweigen. P.E. «Ich kann mir gut vorstellen, dass da entsprechende Leute aus den USA intervenierten und gesagt haben, Hände weg». Und auch der alte Dienstkamerad Kurt Bolliger bekam plötzlich kalte Füsse und wollte nichts mehr von der Crypto AG wissen.

Die Bundesanwaltschaft hat seither mehrmals bescheinigt, dass bei der Crypto AG alles rechtens war. Für das Verhalten von Bundesanwaltschaft und Armeespitze gibt es eigentlich nur eine Erklärung: Der Bundesrat hat der NSA und den deutschen Diensten grünes Licht gegeben, entweder durch eine Vereinbarung mit der NATO oder eine Absprache mit den USA und der Bundesrepublik.

Keine zehn Pferde konnten P. F. dazu bewegen, für die Rundschau-Reportage vor die Kamera zu stehen oder seinen Safe zu öffnen. Das Gespräch endete mit einem erschütternden Dialog:

«Warum wollen sie nicht vor die Kamera stehen?» «Das schafft nur Probleme. Meine Existenz ist zu wenig abgesichert».

«Haben Sie Angst?» «Ja. Es wäre lebensgefährlich. Nicht nur für die Bundesanwaltschaft wäre eine Publikation höchst unangenehm. Es gibt auch eine ganze Reihe von ähnlichen Organisationen im Ausland, die überhaupt nicht möchten, dass hier Klarheit geschaffen wird. Glauben sie mir, bei denen zählt ein Menschenleben wenig».

Auf P. F. wurden, wie er versicherte, zwei Mordanschläge verübt. Bei einem gab es mehrere Tote, P.F. kam mit dem Schrecken davon – und verliess die Crypto AG.

Die Crypto AG baut Chiffrieren-Maschinen

Die Crypto AG entwickelt Chiffrier-Verfahren und stellt Chiffrier-Maschinen her. «Chiffre» heisst «Zeichen» oder «Geheimzeichen», und «chiffrieren» bedeutet «in Geheimschrift abfassen». Die Crypto-Maschinen verwandeln Klartext oder Klartöne in Geheimbotschaften und verhindern so, dass unerwünschte Dritte Telefongespräche mithören, dass E-Mails oder ganz allgemein Informationsaustausch via Internet (früher auch via Telex oder Telefax) von Unbefugten abgeschöpft werden können. Nicht nur Militärs, Geheimdienste, Polizei oder Regierungen benutzen Chiffrier- oder Verschlüsselungsgeräte, sondern auch Banken und sehr viele Wirtschaftsunternehmen, immer mehr auch Private.

Verschlüsselungsverfahren gibt es seit Jahrtausenden, die ersten bestanden ganz simpel darin, dass man Buchstaben durch Zahlen oder Zeichen ersetzte. Schon der römische Feldheer Julius Cäsar (100–44 Jahre vor Christus) entwickelte eine Verschlüsselungsmethode, um Geheim-

botschaften an seine Truppen zu übermitteln. Das Cäsar-Verfahren eignet sich bestens, um zu zeigen, wie Verschlüsselung funktioniert. Jeder Buchstabe des Klartextes wird in der Geheimbotschaft durch einen anderen Buchstaben ersetzt, und zwar durch einen Buchstaben x Stellen weiter hinten im Alphabet. Um die Geheimbotschaft zu entschlüsseln muss man wissen, um wie viele Stellen. X ist also der Schlüssel. Wenn der Buchstabe a um drei Stellen verschoben und also durch d ersetzt wird, dann heisst der Schlüssel drei.

Das Prinzip der Verschlüsselung oder Chiffrierung hat sich bis heute nicht grundsätzlich verändert. Ein Klartext wird durch bestimmte Rechenverfahren (Algorithmen) mit einem Chiffrierschlüssel, auch «Code» genannt, versehen und so für Dritte unentzifferbar gemacht. Allerdings, seit Beginn des Computer-Zeitalters hat sich die Komplexität der Verschlüsselungstechnik (Kryptologie) ins Grenzenlose gesteigert.

1: http://1.usa.gov/1K4XccT

- 2: http://1.usa.gov/1QlIdfy
- 3: S James Bamford, The Puzzle Palace: A Report on NSA, America's Most Secret Agency, Boston, 1982.
- 4: «Gefangen im Iran Der Fall Hans Bühler», Schweizer Fernsehen, Die Rundschau vom 23. März 1994. Res Strehle, «Verschlüsselt». Der Fall Hans Bühler. Werd-Verlag. Zürich 1994.

Bischöfliche Schwulenhatz:

Nach Lovey jetzt Huonder

Der Koran und die Bibel sind Kinder und Zeugen ihrer Zeit. Sie können nur aus dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhang verstanden werden. Christen und Muslims sind Vettern im Geist und im Blut.

Aus welchem Buch der Bücher stammen folgende Sätze und wer hat sie verbreitet? «Schläft einer mit einem Mann, wie man mit einer Frau schläft, dann haben sie eine Gräueltat begangen; beide werden mit dem Tod bestraft; ihr Blut soll auf sie kommen.»

Die Sätze stehen so und nicht anders im Alten Testament. Und zitiert hat sie niemand anders als der Churer Bischof Huonder von der allein selig machenden katholischen Kirche

Hat der Papst Franziskus seinen Bischof Vitus zum Nachdenken in die Wüste geschickt? Bisher nicht. Vermutlich will Rom Gras über diese menschenverachtenden Ausführungen wachsen lassen.

Das wird nicht funktionieren, weil der Fundamentalist Huonder ein nicht resozialisierbarer Wiederholungstäter ist. Das mit der Aufklärung hat er nicht mitbekommen. Er wird in seinem Churer Palais durch den eloquenten Walliser Domherr und Ehrenprälaten Martin Grichting abgeschottet.

Wer sich als Katholik zu recht über jene Freunde des Korans aufregt, die diesen wörtlich auslegen und umsetzen, müsste erst recht gegen die Fundamentalisten im eigenen Haus, gegen die Herren Huonder und Grichting vorgehen.

Lovey will die Schwulen heilen. Huonder will sie mit der Bibel in der Hand töten. Gute Nacht Aufklärung.

Unsere staatlichen 200-Jahre-Geschichtsfälscher verdrängen nicht nur die Geschichte der hoch politischen Kirche, sondern auch deren verheerenden Einfluss auf das Wallis, seine Menschen und deren Sexualität.

Wir sollten die Augen vor der immer noch real existierenden katholischen Kirche nicht verschliessen. Sie hat das Wallis geprägt und missbraucht.

Neues Polizeigesetz:

Filmen verboten!

Wallis | Ende April 2015 ging der Entwurf zum Gesetz über die Kantonspolizei (GKapo) in die Vernehmlassung. Das neue Polizeigesetz ist sehr umstritten. Insbesondere bei Artikel 30 lohnt sich genaueres Hinschauen. Martin Germann

«Ein Verbot käme

einer Beweisvernich-

tung gleich»



Acht Schüsse beendeten am 4. April 2015 das Leben des 50-Jährigen Afroamerikaners Walter Scott. Abgefeuert hatte diese Schüsse der weisse Polizist Michael Thomas Slager. Dieser wird später behaupten, er habe aus Notwehr gehandelt, Walter Scott habe ihn angegriffen. Doch Slagers Worte stellen sich nur kurz darauf als Lügen heraus. Ein Augenzeuge filmte den Vorfall. Auf dem Video ist klar zu sehen, wie der unbewaffnete Walter Scott von dem Polizisten Michael Thomas Slager davonläuft - dieser streckt ihn mit acht Schüssen in den Rücken nieder. Einzig und alleine diesem Video ist es wohl zu verdanken, dass es überhaupt zu einer Anklage kommt. Denn nur all zu häufig wird Polizeigewalt gegen Afroamerikaner unter den Tisch gekehrt.

Das Beispiel vom Tod Walter Scotts ist nur eines von vielen welches eindrücklich aufzeigt, wie wichtig es ist, dass auch die Arbeit der Polizei dokumentiert wird. Doch genau dem will

das Departement für Bildung und Sicherheit mit dem neuen Polizeigesetz nun einen Riegel schieben. Mit Artikel 30 des Vernehmlassungsentwurfes zum neuen GKapo sollen das Filmen,

das Fotografieren oder die Erstellung von Tonaufnahmen verboten werden. Das gilt

insbesondere auch für die Veröffent- Gesetzesartikeln, Berichten etc. Fanti lichung von entsprechenden Aufnahmen, im neuen GKapo wird dies mit einer Anzeige wegen Behinderung

Angefangen hatte das ganze damit, dass der Datenschutzbeauftragte des Kanton Wallis, Sebastien Fanti, von der Kantonspolizei damit beauftragt wurde, eine Studie zum Thema Copwatching vorzulegen. Unter Copwatching versteht man das Filmen oder Fotografieren von Polizeiinterventionen. Mit der Studie sollte herausgefunden, ob das Copwatching überhaupt

legal ist. Als Ergebnis präsentierte Datenschützer Fanti schlussendlich eine 280-seitige (!) Studie. Sofern dies überhaupt Studie genannt werden kann. Denn das Dokument «Copwat-

> ching - ist das rechtens?» ist in erster Linie eine Aneinanderreihung von verschiedenen

empfahl der Polizei, das sogenannte Copwatching im neuen GKapo gesetzlich zu regeln. Das Resultat davon liegt nun auf dem Tisch.

Mit dem geplanten Verbot von Ton-, Bild- und Videoaufnahmen von Polizeieinsätzen hat man sich für den repressivsten aller Wege entschieden. Andere Kantone gehen in dieser Sache weitaus umsichtiger vor. «Polizisten und Polizistinnen müssen in der Öffentlichkeit jederzeit damit rechnen und in Kauf nehmen, in identifizierbarer Weise gefilmt und in den Medien

abgebildet zu werden», sagte vor kurzem Marco Bisa, Mediensprecher der Stadtpolizei Zürich, gegenüber dem Tages-Anzeiger. In Zürich werden die PolizistInnen bereits heute während ihrer Ausbildung darauf vorbereitet.

Entsprechend wirft der Gesetzesentwurf kein gutes Bild auf die Führung der Walliser Polizei. Durch ihre Funktion, die sie in der Öffentlichkeit einnehmen, müssen Polizeibeamte damit zurechtkommen, dass ihre Einsätze auch dokumentiert werden dürfen. Der anfangs geschilderte Fall vom Tod von Walter Scott zeigt auf, wie wichtig Film- oder Bildaufnahmen von Polizeieinsätzen als Beweismittel sind. Ein Verbot käme einer Beweisvernichtung gleich. Anstatt sich den neuen Gegebenheiten, welche die neuen Technologien mit sich bringen, anzupassen, zeigt sich die Walliser Kantonspolizei wenig lernfreudig. Das neue Polizeigesetz bekommt damit einen ganz bitteren Beigeschmack.

Rassisten lassen ihrem Hass freien Lauf

Martin Germann

Hans-Peter Mathieu geriet mit seinen rassistischen, menschenverachtenden Facebook-Beiträgen diesen Sommer medial ins Kreuzfeuer. Gegenüber dem Blick liess er anschliessend verlauten, er sei keineswegs ein Moslemfeind, er lehne nur islamistische Extremisten ab. Ein Hohn, wenn man sich Mathieus Beiträge, wie beispielweise untenstehender, so zu Gemüte führt. In einem

anderen Beitrag bezeichnet Mathieu den Islam gar als eine «bestialische, menschenunwürdige, in einem Kameltreiberland auf kuriose Weise entstandene Ideologie eines Spinners». Da musste selbst die SVP intervenieren. Auf Druck der Partei sei Mathieu aus dem Vorstand der SVP-Ortspartei zurückgetreten. Mathieu sei aber weiterhin Mitglieder der SVP.

Mathieu ist aber längst nicht der einzige Oberwalliser, der seinem Hass in den sozialen Netzwerken freien Lauf lässt. Als bekannt wurde, dass der Eigentümer eines Ferienlagerhauses dieses für Flüchtlinge zur Verfügung stellen wollte, brandeten die Hasskommentare des wütenden Mobs auf. «Jetzt haben wir dann das Pack neben uns» oder «Kein Problem. Die rotten wir schon aus.» waren nur einige der Kommentare, die es daraufhin zu lesen gab. Immerhin: In letzter Zeit gibt es auch vermehrt Stimmen, die sich dem offensichtlichen



Fremdenhass entgegenstellen und ihre Solidarität mit den Flüchtlingen auszudrücken. Da keimt doch wieder ein kleiner Funke Hoffnung auf, dass noch nicht jegliche Form von Humanismus verloren gegangen ist.



Wahlen







Walliser PolitikerInnen im Sold von Privatunternehmen:

Niemand lebt so flott im Filz wie Fournier, Viola und Co.

Wallis Die alte Walliser Klientel- und Vetterliwirtschaft: Man wähnte sie halbwegs überwunden. Doch jetzt treibt sie neue Blüten. CVP-Ständerat Fournier ist in einem neuen Rating der abhängigste Parlamentarier in Bundesbern. FDP-Nationalrat Germanier kassiert allein als Migros-Verwaltungsrat 60 000 Franken. Und CVP-Nationalrätin Viola Amherd steht vorne an, wenn lukrative Mandate winken.

In der Juli-Ausgabe der Roten Anneliese zeigten wir auf, wie der in Bern omnipräsente Lobbyist Stefan Wyer für unsere Viola am Herd steht. Die Warnung an alle ahnungslosen PolitkonsumentInnen: «Steht Amherd drauf, ist Wyer drin».

In der gleichen Roten Anneliese erfuhr man zudem, dass auch die Politsekretäre der Privatspitalgruppe Genolier bei der filzgefährdeten CVP erfolgreich lobbyierten. Auf der Honorarliste von Genolier und deren Klinik Valère figurieren mittlerweile neben Amherd auch Christoph Darbellay, Raymond Loretan und SVP-Mann Patrick Hildbrand.

Dass Viola Amherd unter anderem in den Verwaltungsräten der Matterhorn Gotthard Bahn und der

Belalp-Bahnen sitzt – um nur zwei ihrer 11 weiteren Mandate zu erwähnen – kann man noch als «courant normal» im gut geschmierten schwarz-gelben Postenschacher abbuchen. Aber was um Himmels Willen hat sie in die Verwaltung der Migros-Genossenschaft Wallis befördert? Man kann darüber nur spekulieren. Kritiker sagen: Der VR-Job sei der Lohn



Achtung Rechtsrutsch-Gefahr: Alle an

Ein paar Auguren und Journalisten wissen schon, wer bei den eidgenössischen Wahlen das Rennen macht. Dumm nur, dass meistens nur der Wunsch Vater ihrer Gratis-Prognose ist. Und am Ende halt doch die Stimmbürgerinnen und -bürger an der Urne entscheiden. Darum macht die Rote Anneliese keine Prognosen. Wir sagen nur, was uns real droht: Ein erneuter politischer Rechtsrutsch! Die Gefahr ist gross, dass das Wallis nach dem 18. Oktober noch unsozialer, konservativer und rückwärtsgewandter daherkommt. Das gilt es zu verhindern. Indem man und frau wählen gehen – und richtig wählen.

Bürgerliches Einerlei

Ob SVP, FDP oder CVP: Diese Parteien stehen unisono für Sozialabbau, gesellschaftlichen Rückschritt und eine ignorante Umweltpolitik. Für eine massive Kürzung der Prämienverbilligungen auf Kosten der Haushalte mit mittleren und kleinen Einkommen. Für folgenschweres Sparen in der Bildung und beim Service Public. Gleichzeitig machen sie den Reichen Steuergeschenke in Milliardenhöhe. Prahlen mit vollen Subventionstöpfen für ihre Klientel. Die für unsere Wirtschaft verheerende Frankenkrise mit dem Verlust wichtiger Arbeitsplätze und Betriebe ist ihnen piepegal. Sie jagen lieber den Wolf statt den Jordan.

Erbärmliche SVP

Am Schlimmsten treibt es die SVP, die mit menschenverachtenden Sprüchen das Flüchtlingselend bewirtschaftet, das Gift des Fremdenhasses versprüht und die Frauen beleidigt. Was etwa Oskar Freysinger, notabene eine Null von einem Staatsrat, medial immer schön gross aufgekocht absondert, ist eine Schande für das Wallis – und zum Kotzen.

Da muss man schon fast froh sein, dass dieser erbärmliche Troubadix in der Regierung hockt und nicht als Lehrer weiteren Schaden anrichtet.

Apropos Rückschritt: Es ist mehr als bezeichnend, dass es – 43 Jahre nach Einführung des Frauenstimmrechts – bei der SVPO und der CSPO keine einzige Frau auf die Liste schaffte, und bei der CVPO hinter Viola Amherd sechs Männer anstehen.

Vier Wahltipps der RA

Wer für ein soziales, umweltfreundliches und weltoffenes Wallis ist, hat diesmal nur eine Wahl:

 Eine der Listen der SP, der JUSOO oder der Grünen einwerfen. Da diese Listen miteinander verbunden sind, kommen die Stimmen bei der Sitzverteilung in jedem Fall dem links-grünen Lager zugute.
 Wer will, dass der zweite Sitz der Walliser Linken dafür, dass Amherd als Briger Stadtpräsidentin den Bau des neuen Migros-Einkaufszentrum Simplon im Glisergrund speditiv vorangetrieben habe

Gemäss den Auskünften des Stadtarchitekten Roland Imhof wurde die Bewilligung des 22000 Quadratmeter grossen Einkaufspalastes quasi im Grünen mit seinen 26 Geschäften bezüglich der erforderlichen Nutzungszone inklusive Quartierplan vorschriftsgemäss abgewickelt. Allerdings hat das Ganze einen politischen Haken: Das Simplon-Center läuft - wie auch andere Einkaufszentren zwischen Brig und Visp – dem geltenden kantonalen Richtplan und seinen erklärten Zielen zuwider. Im Koordinationsblatt B.3/5 hat der Grosse Rat als Grundsatz festgeschrieben, dass Einkaufszentren mit einem Angebot an Gütern des täglichen Bedarfs und nicht sperrigen Gütern in die Ortszentren zu integrieren seien. Trotzdem wird seither vorab in Brig und Visp richtplanwidrig politisch die für das lokale Gewerbe folgenschwere Entleerung der Zentren praktiziert.

Migros mauert - Amherd schweigt

Die Rote Anneliese wollte wissen, wie viel die CVP-Politikerin für ihr Verwaltungs-Mandat bei der Migros Wallis kassiert. «Die Genossenschaft Migros Wallis gibt keine Informationen darüber», teilte die Informationsbeauftragte Melanie Zuber nach einigem Hin und Her lapidar mit. Dabei rühmt sich die Migros, dass sie im Sinne ihrer «Cooperative Governance» freiwillig die «Best Practice»-Regeln einhalte. In Zürich vielleicht, aber nicht im Wallis.

Immerhin liefert der schweizerische Entschädigungsbericht Anhaltspunkte, was Politiker beim

angeblich sozialen Kapital absahnen. So kassierte der Walliser FDP-Nationalrat Jean-René Germanier als Migros-Verwaltungsrat in den Jahren 2013 und 2014 jeweils Gesamtentschädigungen von mehr als 60 000 Franken.

Viola Amherd selber war ebenfalls nicht bereit, ihre Honorarbezüge offenzulegen – weder bei der Migros noch den anderen 11 AGs, Stiftungen oder Vereinen, in denen sie als Verwaltungsrätin, Stiftungsrätin oder Vorstandsmitglied sitzt. Wiederholte schriftliche Anfragen liess sie unbeantwortet. Gut möglich, dass ihr Einflüsterer Stefan Wyer in den Herbstferien weilte.

Fournier sapperlot

Weniger Probleme mit der Transparenz scheint CVP-Ständerat Jean-René Fournier zu haben. Als der Politologe Michael Hermann kürzlich eine Rangliste der abhängigsten Schweizer Politiker veröffentlichte, rangierte selbstgefälliger «Governeur» auf Platz eins der verfilzten Parlamentarier. Und mimte im «Blick» den Scheinheiligen: Im Wallis seien seine Mandate noch nie ein Thema gewesen. Immerhin wissen wird jetzt zumindest teilweise, was Fournier abkassiert: 120000 Franken pro Jahr als Verwaltungsrat der Helvetia-Versicherung, 25000 Franken als Senior Advisor des Grossbank Credit Suisse und 3000 Franken als Vorstandsmitglied des Gewerbeverbands.

Was Fournier als Verwaltungsrat der Kraftwerkgesellschaften Gougra SA und Grand Dixence SA sowie der Patria-Versicherung dazu verdient, lesen Sie in der nächsten Ausgabe der Roten Anneliese.

die Urne für links-grün!

wieder ins Oberwallis zurückkommt – wie das schon zwischen 1987 und 2003 der Fall war – muss so wählen:

• German Eyer und Christa Furrer-Treyer, die beide auf der kantonalen SP-Hauptliste kandidieren, auf gleich welcher Liste 2x nachtragen. So haben sie eine echte Chance, ganz vorne zu landen und den zweiten SP-Sitz ins Oberwallis zu holen.

Zweimal sonnenklar ist die Ausgangslage bei den Ständeratswahlen. Erstens liegt es absolut drin, dass die C-Parteien erstmals in der Geschichte nicht mehr beide Ständeratssitze holen. Und zweitens gibt es zum SPO-Kandidaten Thomas Burgener keine Alternative. Damit das links-grüne Wallis auch im Ständerat endlich eine Stimme bekommt, kann man nur so wählen:

• Thomas Burgener auf jede Ständerats-Liste! Da-

mit er mit Blick auf den entscheidenden zweiten Wahlgang und eine optimale Ausgangslage möglichst viele Stimmen macht.

Dazu – so widersinnig und paradox das ist

 empfehlen wir, die zweite Stimme dem amtierenden CVP-Ständerat Fournier zu geben.
 Damit er im ersten Wahlgang gewählt wird und somit im zweiten Wahlgang nicht auch noch den rechtskonservativen CVP-Mann Beat Rieder im Besenwagen ins Ziel schleppt.

Apropos Rieder: Selbst in der CVP Oberwallis glauben viele nicht an seine Wahl. Jedenfalls laufen hinter den Kulissen schon die Drähte heiss, um im zweiten Wahlgang Viola Amherd ins Ständerats-Rennen zu schicken. Wie einst – erfolglos! – Ruth Kalbermatten gegen Peter Bodenmann bei den Staatsratswahlen.

SVP-Hildbrand



Schiis Härz schlaat fer...

Die Wahlkämpfe werden immer teurer – und immer inhaltsloser. Spitzenreiterin in der Disziplin leerer Sprüche ist im Oberwallis die SVP. Die Millionärs-Söhne führen einen regelrechten Gaga-Wahlkampf. Allen voran der Herzchirurg und Hobby-Hydrologe Patrick Hildbrand. Wir zeigen, wofür sein Herz wirklich schlägt.

... Lonza unter Wasser

Die Bauern im Unterwallis gingen mit dem Boden alles andere als haushälterisch um. Der Talboden ist mit grossen Blechkisten und Parkplätzen übersät. Anstatt das Übel an der Wurzel zu packen, liefen sie Sturm gegen die von den besten Spezialisten der Welt geplante dritte Rottenkorrektion. Ihre Ingenieure versprachen gleich viel Sicherheit zu einem Drittel vom Preis. Technisch falsch und finanziell ein Eigengoal. Weil der Bund den Grossteil der Kosten nur für eine Lösung übernimmt, die bei Hochwasser funktioniert. Der Hydrologe Hildebrand kämpfte gegen einen notwendigen und sinnvollen Hochwasserschutz für die Lonza. Und gegen das Baugewerbe.

... Missachtung der Ausstandregeln

Patrick Hildbrand arbeitet für die private Klinik Valère und somit für die Genolier-Gruppe. Er ist in Sachen Spitalpolitik Partei. Wer Partei ist, muss in den Ausstand treten. Trotzdem sass Hildbrand in der entsprechenden Kommission des Grossen Rates. Es wäre an der Zeit, dass sich der Grosse Rat einmal mit den Zuständen in der Klinik Valère beschäftigen würde. Denn diese befindet sich ja auf der Spitalliste des Kantons Wallis.

... Zürcher Währungsspekulanten

Die SVP und ihre Exponenten haben Ende 2014 den Druck auf die Nationalbank erhöht. Am 15. Januar 2015 verloren Jordan und Co. den Kopf. Die SVP Oberwallis jubelte. SP und Gewerkschaften kritisierten den Fehlentscheid. Jetzt liegen die Fakten auf dem Tisch: Keine Region der Schweiz leidet mehr unter dem zu harten Franken als das Oberwallis. Die Schuldigen vor Ort heissen: Graber, Ruppen und Hildbrand. Anstatt Verantwortung zu übernehmen, lässt der Kardiologe seine Angestellten rote Ballone aufblasen und verteilen.

... Missbrauch der Patientenadressen

Überhaupt sind bei Hildbrand die Grenzen zwischen Privatem und Politischem ziemlich fliessend. So schrieb er seinen Patienten kürzlich einen Brief. Die penetrante Botschaft: Sie müssten keine Sorgen machen, falls er in den Nationalrat gewählt werde. Er stehe ihnen auch in diesem Fall weiterhin zur Verfügung. Offensichtlicher kann man nicht mehr kommunizieren, dass man Nationalrats-Kandidat ist.

Wahlen Forum der Parteien



Ständeratskandidat: Thomas Burgener – für ein offenes und soziales Wallis.

«Liebe Walliserinnen und Walliser

In der Bundespolitik stehen wichtige Fragen an, die das Wallis speziell betreffen werden:

Dabei geht es auch Dossiers, die ich während 10 Jahren als Staatsrat betreuen durfte. Im Energiebereich gilt es, den zu zaghaft beschlossenen Abschied von der Atomenergie zu beschleunigen. Das liegt im Interesse des Wallis, das mit der Wasserkraft, mit Wind und Sonne viel zur Energiewende beitragen kann. Im Sozial- und Gesundheitsbereich stehen die AHV und IV im Brennpunkt der Debatte, aber auch die immer stärker steigenden Krankenkassenprämien.

Es ist für einen Kanton nicht gut, wenn beide Ständeräte derselben Partei angehören. Auch nicht, wenn beide Ständeräte dem rechten Lager zuzuordnen sind. Als ehemaliger Nationalrat kenne ich den Feinmechanismus der Politik im Bundeshaus. Mehrheiten können nur geschaffen werden, wenn man gute Vorschläge über die Region und die Partei hinaus einbringt. Die Vertreter der Gebirgskantone sind in beiden Kammern stark in der Minderheit. Deshalb müssen politische Abmachungen auch mit den Zentren und Agglomerationen möglich sein.

Meine Erfahrung und mein gutes Netzwerk im Kanton und auch in Bern machen es möglich, dass ich mich im Ständerat bestmöglich für die Interessen der Walliserinnen und Walliser einsetzen kann. Einsetzen auch für eine offene, tolerante, umweltfreundliche und soziale Schweiz. Einen grossen Dank an alle, die mich dabei unterstützen.»

Die spannende Frage:

Holt die SP einen Nationalratssitz zurück ins Oberwallis?

Über Jahre hielt die SP Oberwallis mit Peter Bodenmann, Thomas Burgener und Peter Jossen einen Nationalratssitz. Für diese Wahlen hat sich die SP Unterwallis entschieden, auf der kantonalen Hauptliste zwei Kandidaten aus dem Oberwallis mitzunehmen, um der SP Oberwallis eine echte Chance für einen Sitzgewinn einzuräumen. Insgesamt steigt die SP Wallis mit 12 Kandidatinnen und 23 Kandidaten auf 7 Listen in die Nationalratswahlen.

Die Hauptliste Nr. 2 wird angeführt von Nationalrat Mathias Reynard. Für das Oberwallis starten Christa Furrer-Treyer aus Ausserberg und German Eyer aus Naters auf der kantonalen SP-Hauptliste.

Im Oberwallis wird die kantonale Liste mit thematischen Listen der SPO Nr. 12 und Nr. 13 und einer Liste der JungsozialistInnen Nr. 30 ergänzt.

Alle Listen im linken Lager sind miteinander verbunden. Wenn die SP ihre zwei Nationalratssitze halten kann, gehen diese beiden Sitze an die Hauptliste Nr. 2. Gewählt sind die beiden Höchstgewählten auf dieser Liste. Dabei gilt die einfache Wahlregel: wer am meisten Nachschreibungen holt, macht das Rennen. Das heisst: wenn Christa Furrer-Treyer und German Eyer im Oberwallis kräftig und doppelt auf allen Listen nachgeschrieben werden, besteht die Chance, einen der beiden Sitze ins Oberwallis zu holen. Die Strategie ist raffiniert und könnte aufgehen.

Statt Wischiwaschi haben die beiden SP Spitzenkandidaten aus dem Oberwallis klare Positionen





- gesundheitspolitische Anliegen, welche die Anerkennung und Aufwertung von Zugang und Leistungen in der Pflege unterstützen Das ambulante, stationäre und halbstationäre Netz muss ausgebaut werden und die Finanzierung des Gesundheitssystems sozialer und gerechter werden.
- einen starken Service Public und den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, da dies für die Bewohnerinnen und Bewohner eines Bergkantons wichtig ist, um die Abwanderung zu verhindern und die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben für alle möglich macht.
- eine menschenwürdige Ausländer-und Asylpolitik die zeigt, dass wir ein Herz besitzen und aus der Geschichte gelernt haben
- Lohngleichheit, die die ökonomische Autonomie der Frauen verstärkt und somit der ganzen Gesellschaft zu Gute kommt.



Foto: Gabriel Mondaca

Dafür steht German Eyer ein, nicht nur vor, sondern auch zwischen den Wahlen:

- für anständige Löhne und faire Arbeitsbedingungen, weil die Schere zwischen arm und reich nicht weiter aufgehen darf.
- für eine starke AHV, weil die AHV das wichtigste Sozialwerk der Schweiz ist.
- für sichere Renten, weil alle in unserer Gesellschaft ein Alter in Würde verdient haben.
- für flankierende Massnahmen zur Personenfreizügigkeit, weil die bei uns geltenden Löhne und Arbeitsbedingungen nicht von ausländischen Firmen ausgehöhlt werden dürfen.
- für den Ausstieg aus der Atomenergie hin zum ökologischen Umbau, weil dadurch Tausende von wertvollen Arbeitsplätzen mit bleibendem Wert geschaffen werden.

Wahlen Forum der Parteien

SP



Liste 12 & 13: Traditionen pflegen – Veränderungen wagen.

Zusammen Grosses erreichen!

Die Walliser Sozialdemokratinnen und -demokraten steigen mit verschiedenen Listen ins Rennen um die Sitze im Nationalrat. Diese Listen bezeugen die breite Abstützung und die politische und thematische Breite innerhalb der SP Wallis.

Die Kandidaten der Liste Nr. 13 SP Oberwallis, wollen einen Gegenpol setzen zur rückwärtsgewandten und populistischen Politik der letzten Jahre. Sozialabbau, Angstmacherei und Isolation müssen ein Ende haben. Wir wollen einerseits Traditionen pflegen aber auch Veränderungen wagen, wo diese notwendig und sinnvoll sind. Wir stehen ein für eine soziale Schweiz, für die Schweiz von morgen, die künftigen Generationen eine intakte Landschaft vererbt.

Für diese Anliegen engagieren wir uns und kandidieren auf der Liste Nr. 13 SP Oberwallis

- Christian Nellen, Marktgebietsleiter Oberwallis RegionAlps, Bürchen
- Barbara Wyer-Karlen, Gemeinderätin, Katechetin und Sozialpädagogin, Lalden
- Klaus Minnig, Sekundarlehrer in Pension, Brig-Glis
- Rolf Eggel, Controllingverantwortlicher DGSK, St. Niklaus
- Bernhard Imhof, Gemeinderat und Lokführer SBB, Naters

Die Liste Nr. 12 trägt den Titel «SPO – Liberaler Flügel». Wir stehen ein für eine liberale, tolerante und solidarische Schweiz, in der Chancengleichheit kein Schlagwort bleibt, Engagement und Leistung sich lohnen und Risiken gemeinsam getragen werden. Eigenverantwortung wahrnehmen können mündige Bürger, welche die Möglichkeit haben, sich ein gutes Rüstzeug anzueignen, um etwas zu erschaffen. Freiheit bedeutet auch, Chancen zu erhalten und wahrnehmen zu können.

Für diese Anliegen engagieren wir uns und kandidieren auf der Liste Nr. 12 SPO – liberaler Flügel

- **Christian Jäger,** Lehrperson an der BFO und Gemeindepräsident, Turtmann-Unterems
- Brunhilde Matter, Ergotherapeutin, Dozentin ZHAW Winterthur, Leuk-Stadt
- Marc Kalbermatter, Personalverantwortlicher und Bereichsleiter Soziale Dienste SMZO, Visp
- Christine Kuster, Betriebswirtin FH, Brig-Glis
- Gilbert Truffer, Baumeister, Geschäftsführer der Firma Valsan, Visp

Wir stehen für:

- ✓ ein starkes öffentliches Bildungssystem
- ✓ gute Tagesstrukturen zur Kinderbetreuung
- ✓ eine strikte Trennung von Religion und Staat
- ✓ einen starken Schutz von Minderheiten
- ✔ Gleichstellung der Geschlechter & Lebensformen
- ✓ gerechte Sozialversicherungen und Sozialhilfe
- ✔ Arbeit und Initiative müssen sich lohnen, auch in der Not
- ✓ ein liberales Arbeitsgesetz

- ✓ faire Steuern je nach finanziellen Möglichkeiten
- ✓ ein echtes Proporzwahlsystem
- ✓ unser Trumpf Wasserkraft im Besitz der Bevölkerung
- ✓ verdichtetes Wohnen
- ✓ aktives Fordern und Fördern von Migranten
- ✓ Entwicklungshilfe im Ausland = Chancen vor Ort
- ✓ Weiterführen bilateraler Weg & Personenfreizügigkeit
- ✓ Erhalt der europ. Menschenrechtskonvention

Wahlen Forum der Parteien







Sebastian Werlen.



Jonas Jossen.



Manuel Jossen.

Jungsozialisten Oberwallis:

Für Gerechtigkeit, Demokratie und Cannabis

In unserer heutigen Welt, in der Topmanager in wenigen Wochen mehr verdienen als ein Arbeiter in einem Jahr, in der neoliberale Multis die Demokratie gefährden, in der fremde Menschen verachtet werden, weil sie vor den unvorstellbaren Gräueln des Krieges flohen, in der friedliche Cannabisraucher unverhältnismässig bestraft werden, setzen wir uns für soziale Gerechtigkeit, wahre Demokratie und für eine offene Gesellschaft ein. Die Linke Bewegung hat schon einiges erreicht. Es gibt aber noch viel zu tun. Unsere Liste Nr. 30 ist mit allen SPO Listen verbunden. Zusammen wollen wir diesen Weg weitergehen.



Trotz der wohlhabenden Schweiz gibt es immer noch 330000 Working Poors, die unter 4000 Franken im Monat verdienen. Obgleich einer Vollzeitstelle reicht das Geld nicht aus, um sich ein anständiges Leben zu finanzieren. Auf der anderen Seite lassen sich Manager zusätzlich zu ihrem Lohn riesige Boni auszahlen. Diese krassen Gegensätze widerspiegeln sich in der Statistik: 2% der Bevölkerung besitzt gleich viel wie der Rest.

Die Umverteilung von unten nach oben muss gestoppt werden! – Sebastian Werlen

Fremdenhass

Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind aktueller denn je. Täglich finden sich neue fremdenfeindliche Parolen im Internet, in Kneipen lästert man verachtend über Scheinflüchtlinge und einige rechte «Brandstifter» sprechen ständig von Asylmissbrauch und fordern einen aktiven Widerstand gegen Asylheime. Gerade jetzt, da ein grosser Teil der Welt in Krieg und Chaos versinkt, haben diese von Gewalt verfolgten Menschen unsere Hilfe und Toleranz nötiger denn je.

Die Ablehnung, mit der viele Bürger den Flüchtlingen begegnen, macht mich betroffen. Kein Mensch ist illegal! – *Manuel Jossen*

Transparente Finanzierung der Politik

Die Juso Oberwallis finanziert ihre Kampagnen und Wahlkämpfe ausschliesslich aus Mitgliederbeiträgen, Klein-Spenden und Beiträgen der Kandidierenden. Andere Parteien haben unendliche Mittel zur Verfügung. In fast allen Demokratien der Welt müssen Parteispenden offengelegt werden. In der Schweiz nicht! Die Juso Oberwallis fordert eine Offenlegungen und Begrenzung von Spenden für Parteien, Wahlen und Abstimmungen. Geld darf nicht regieren! Von einer finanziellen Chancengleichheit der Parteien sind wir weit entfernt. Es gilt Transparenz zu schaffen und die monetären Ströme offen zu legen. – Jennifer Näpfli

Cannabis

Wir leben in einer Gesellschaft, in der man lediglich mit einem Strafregisterauszug und einem Formular legal Kriegswaffen kaufen kann. Im selben Land
werden Cannabiskonsumenten, die friedlich an einem Joint ziehen, strafrechtlich verfolgt. Dies steht in keinem Verhältnis. Die Legalisierung bringt
viele Vorteile: Die Qualität der Substanz kann überprüft werden, der Zerfall
des Schwarzmarktes erbringt Steuereinnahmen und Erfahrungen in Holland
und Portugal zeigen, dass bei einer Legalisierung der Konsum nicht ansteigt.
Kiffer sind keine Kriminellen. Jeder erwachsene Mensch sollte selbst entscheiden können, ob er Cannabis konsumieren möchte oder nicht. – *Jonas Jossen*



JungsozialistInnen Schweiz

Frischer Wind:

Grüne Oberwallis mit Fünferliste

Die Grünen Oberwallis treten mit zwei Kandidatinnen und drei Kandidaten zu den Nationalratswahlen an. Brigitte Wolf (Bitsch), Ursula Stüdi (Birgisch), Peter Kälin (Leukerbad), Stéphane Andereggen (Siders) und Andreas Weissen (Brig) setzen sich für ein umweltfreundliches, offenes und solidarisches Wallis ein.



Die Grünen v.l.: Stéphane Andereggen, Brigitte Wolf, Peter Kälin, Ursula Stüdi und Andreas Weissen.

Die Soziologin Ursula Stüdi arbeitet seit 2011 als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Sekretariat für Gleichstellung und Familie des Kantons Wallis. Sie ist zudem Gastdozentin für Genderthemen am Institut für Ergotherapie an der ZHAW in Winterthur. «Mit meiner Kandidatur setze ich mich für die gleichen Rechte und Pflichten für die Walliser Frauen und Männer ein», nennt Ursula Stüdi ihre Motivation für die Kandidatur. Stéphane Andereggen ist den Oberwalliserinnen und Oberwallisern bekannt als langjähriger Unterwalliser Korrespondent für den Walliser Boten. Heute ist er im Verlag Monographic in Siders tätig und Gastdozent für Ethik und politische Philosophie an der HES-SO in Siders. «Mit meiner Kandidatur möchte ich die multikulturelle Schweiz mitten in Europa stärken, den Nationalismus bekämpfen und die Menschenrechte für alle einfordern.»

Projektleiter und Sagenerzähler Andreas Weissen war in den 1990er-Jahren als Mitglied der SP Grossrat und Stadtrat von Brig-Glis. Er gilt bei vielen Leuten als «erster Grüner» im Oberwallis, lange bevor es eine Grüne Partei gab. «Ich engagiere mich mit den Grünen für die wahren Werte des Lebens: die Pflege der Gemeinschaft, die Erhaltung der Natur und die Weiterentwicklung der Kultur in den Alpen, und ich kämpfe gegen die fortschreitende Isolierung, Betonierung und Banalisierung», begründet Andreas Weissen seine Kandidatur bei den Grünen.

Peter Kälin betreibt in Leukerbad eine Praxis für Allgemein- und Sportmedizin. Als Präsident der Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz Schweiz hat er sich einen Namen im Kampf gegen das Quecksilber gemacht. Mit eigenen Studien haben die AefU die wahre Belastung der Böden in der Talebene aufgezeigt und die Lonza gezwungen, mit der Wahrheit herauszurücken.

Brigitte Wolf, Biologin und Präsidentin der Grünen Oberwallis, hat sich im Rahmen der Abstimmungen über die Zweitwohnungsinitiative und das Raumplanungsgesetz für einen Paradigmenwechsel in der Raumplanung engagiert. «Die noch unverbauten Flächen und das Kulturland müssen besser geschützt werden – für den Tourismus und die Landwirtschaft, die ihre Probleme in Zukunft nur Hand in Hand lösen können.»

Keine Angst vor unbequemen Themen

Die Grünen sind bekannt dafür, dass sie auch zu ihren Überzeugungen und Werten stehen, wenn sie im Gegenwind stehen und die Mehrheiten anders liegen. So haben sich die Grünen im Oberwallis als einzige Partei für das neue Raumplanungsgesetz, das schweizweit mit grosser Mehrheit angenommen wurde, eingesetzt. «Aus ökologischer und sozialer Sicht steht unser Kanton vor sehr viele Herausforderungen», fasst Andreas Weissen zusammen. «Und die Probleme des 21. Jahrhunderts können wir nicht mit Rezepten der 1960er-Jahre lösen.»

Unsere Themen:

Alpenschutz: Am Simplonpass müssen die Gefahrenguttransporte verboten werden. Die Lastwagen gehören am Simplonwie am Gotthardpass auf die Schiene. Eine 2. Strassenröhre am Gotthard ist verfassungswidrig und verdoppelt die Zahl der Lastwagen in den Alpen.

Biologische und kulturelle Vielfalt: Im Wallis findet sich eine ausserordentliche Vielfalt an Lebensräumen, Tieren und Pflanzen. Genauso vielfältig ist das Kulturgut des Wallis. Diesen Reichtum gilt es zu bewahren und zu pflegen.

Landwirtschaft und Tourismus: Unsere Gäste schätzen neben den hohen Bergen vor allem die einmalige Kulturlandschaft des Wallis. Diese haben wir der traditionellen Bewirtschaftung durch die Bergbauern zu verdanken. Eine enge Zusammenarbeit von Tourismus, Gastgewerbe und Berglandwirtschaft ist in Zeiten des starken Frankens noch wichtiger geworden.

Raumplanung: Der nutzbare Boden stellt ein knappes Gut dar. Es braucht Bauzonenumlegungen und Rückzonungen von zu grossen Bauzonen, damit Kulturland erhalten und Naturlandschaften geschützt werden können.

Quecksilber und andere Altlasten: Es muss ein umfassender Schadstoffkataster für den ganzen Walliser Talgrund erstellt werden. Die belasteten Standorte müssen auf Kosten der Verursacher saniert werden. Zudem braucht es eine Umkehr der Beweislast und gesamtschweizerisch die Pflicht für neue Chemiefabriken, eine Kaution zu hinterlegen, damit sie nicht verschwinden können, ohne aufzuräumen.

Gleichstellung: Lohngleichheit für beide Geschlechter muss eine Selbstverständlichkeit werden. Es braucht staatliche Kontrollen und griffige Sanktionen. Die Mehrheit der Mütter im Wallis ist erwerbstätig. Es gilt, dieser veränderten Lebensform Rechnung zu tragen und ein ausreichendes Angebot an externen Kinderbetreuungsstrukturen einzurichten sowie flexible Arbeitszeitmodelle anzubieten.

Menschenrechte: Das Wallis als Grenzkanton und die Schweiz sorgen für einen würdigen Empfang, rasche Verfahren und einen unabhängigen Rechtsbeistand für alle Asylbewerber, die am Simplon und an der Grenze ein Aufnahmegesuch stellen.



Hans-Jürgen Krahl: Der grosse Theoretiker der 1960-Jahre-Bewegung war ein begabter Schüler von Theodor W. Adorno.



Hans-Jürgen Krahl:

Produktion und Klassenkampf

Ort I Hans-Jürgen Krahl war der grosse Theoretiker der antiautoritären Studentenbewegung. Er wurde am 17. Januar 1943 in Sarstedt/Han geboren. In Göttingen und Frankfurt studierte er Philosophie, Germanistik und Geschichte. Nach Frankfurt war er wegen Professor Theodor W. Adorno gekommen und wurde sein Doktorand. Mit 27 Jahren kam er am 13. Februar 1970 bei einem Autounfall als Beifahrer ums Leben.

Hans-Jürgen Krahl hat mit seiner Agitationstätigkeit und seiner theoretischen Arbeit die Politik der Protestbewegung der sechziger Jahre wesentlich mitbestimmt und geprägt. Er reflektierte die Bildungsprozesse vieler junger Linker, die nicht mehr einer kommunistisch-revolutionären Partei angehören wollten, aber gewillt waren, lange Umwege durchzugehen, um ihre bürgerliche Klasse zu verraten und sich den angestammten Zusicherungen der Herrschaft zu entziehen. Für Hans-Jürgen Krahl begann der Prozess politischer Selbstverständigung mit einer «Odyssee durch die Organisationsformen der herrschenden Klasse». Krahls intellektueller Bildungsgang von der reaktionären Philosophie Heideggers zum «fortgeschrittenen logischen Positivismus und schliesslich zur marxistischen Dialektik» entspricht dem Aufklärungsprozess «vieler derjenigen, die es von ihrer Klassenlage her eigentlich nicht nötig haben, sich der Praxis des Proletariats zuzurechnen, denen aber Übelkeit ankommt, wenn sie ihre eigene Klasse und ihre eigenen Klassengesellen kennenlernen.»

Ergebnis agitatorischer Arbeit

In unablässiger organisatorischer und theoretischer Arbeit ging Krahl daran, die überkommenen Formen politischer Praxis und Theorie mit politischen Auseinandersetzungen zu vermitteln. Sein Nachlass, «Konstitution und Klassenkampf. Zur historischen Dialektik von bürgerlicher Emanzipation und proletarischer Revolution», enthält Schriften, Reden und Entwürfe aus den Jahren 1966-1970, die ohne den Hintergrund der täglichen agitatorischen Arbeit nicht entstanden wären. Von verschiedenen Ansätzen her werden die Bedingungen von Klassenbewusstsein, von revolutionärer Subjektivität reflektiert und beschrieben, wie sie die veränderten Formen von revolutionärem Kampf und proletarischem Bewusstsein seit dem Scheitern der Revolutionen erfordern.

Einheit von Agitation und Reflexion

Hans-Jürgen Krahl ist wohl auch durch seinen frühen Tod im Gegensatz zu Rudi Dutschke weniger in Erinnerung geblieben. Unzweifelhaft war er aber der grosse Theoretiker der Sechziger-Bewegung. Die Geschliffenheit seiner Sprache verband sich mit einem aussergewöhnlichen Talent der Einheit von Agitationskraft und theoretischer Reflexion. Seine «Angaben zur Person», ein frei gehaltener Beitrag vor Gericht wegen Rädelsführerei bei einer Protestaktion gegen die Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an den Präsidenten Senghor von Senegal, gehören zu den grossen Reden der Epoche. «Uns wird immer wieder gesagt, ihr seid deshalb nicht legitim, weil ihr nicht angeben könnt, wie die künftige Gesellschaft aussehen soll. Das sagen immer diejenigen, die meinen, man müsse ihnen erst einmal ein Rezept geben, um sich erst dann zu entscheiden, ob sie mittun wollen. Das sagen jene Heuchler und Feiglinge, die meistens in den Redaktionen der bürgerlichen Presse sitzen. Die künftige Gesellschaft kann man nicht vorwegnehmen! Wir können sagen, wie der technische Fortschritt in hundert Jahren aussehen wird, aber wir können nicht sagen, wie die menschlichen Beziehungen in hundert Jahren aussehen werden,



wenn wir nicht anfangen, sie ad hoc, unter uns, im gesellschaftlichen Verkehr zu verändern.»

Organisationsdebatte: autonome Initiativgruppen

Krahl hat die Organisationsdebatte wieder in den rätedemokratischen Kontext gebracht. Vorbild sind nicht die orthodoxen Parteien in den Metropolen, sondern die neuen Kampfformen in den Extremitäten: «Die Orientierung an der Gegenwart der Revolution in der Dritten Welt bietet also für uns

die Möglichkeit, eine politische Moral der Kompromisslosigkeit herauszubilden, die ein Ansatz zur Bildung selbständiger Organisationsformen der Bevölkerung sein kann. Sie ist die Grundlage, um einen der gegenwärtigen Machtstruktur des Staates geschichtlich angemessenen Organisationstypus herauszubilden, der auf der Grundlage autonomer lnitiativgruppen in den Hochschulen und Betrieben beruht.» Zugleich versuchte Krahl die Organisationsfrage mittels der Kritik der politischen Ökonomie zu diskutieren, gemäss dem Stand der dem Kapital subsumierten Arbeit. «Die Antizipation der befreiten Gesellschaft in den Organisationsformen des politischen Kampfes ist immer eine historisch bestimmte Vermittlung von Freiheit und Zwang. Diese Vermittlung erfolgt...aus den geschichtlichen Form- und Realisierungsbestimmungen der wertsubstantiellen arbeitsteiligen Verkehrsbasis.»

Weiterentwicklung der Marxschen Theorie

Krahl hat versucht, die Marxsche Theorie konsequent weiterzudenken. Wenn es stimmt, dass die Vergesellschaftung des Kapitals, der produktiven Arbeit und der technologischen Verwissenschaftlichung der Produktion zusehends fortgeschritten ist, dann ist das unmittelbare Industrieproletariat immer mehr zum Moment im Arbeitsprozess geworden. Es repräsentiert weniger denn je Totalität produktiver Arbeit.

Krahl nimmt die Marxsche These von der Erweiterung des Begriffs der produktiven Arbeit wörtlich. «Um produktiv zu arbeiten, ist es nun nicht mehr nötig, selbst Hand anzulegen; es genügt, Organ des Gesamtarbeiters zu sein.» (Marx, Das Kapital, Bd. l, S. 531). Krahl geht aus von einer historisch neuen Qualität der Wissenschaft als Produktivkraft.

Aus der «strategischen Fehleinschätzung eines industrieproletarisch verengten Klassenbegriffs» müssen Konsequenzen gezogen werden. Die Totalität des Klassenbewusstseins könne nur wiederzugewinnen sein mit Hilfe einer «Organisation der wissenschaftlichen Intelligenz, des Heers der Industriearbeiter und produktiven Angestellten». Nach Krahl ist ohne die organisierte produktive wissenschaftliche Intelligenz die Bildung eines auf die bürgerliche Gesellschaft insgesamt bezogenen Klassenbewusstseins auch im Industrieproletariat unmöglich. Der These von der neuen Totalität des Proletariats fügt er hinzu: «Noch so viele spontane Streiks in der BRD, in den Turiner Fiat-Werken und so weiter werden nichts daran ändern, dass das Industrieproletariat als Industrieproletariat ein Moment in der gesamten Klasse ist, aber nicht diese Klasse in ihrer Totalität repräsentiert.» Deshalb muss die «Bewegung wissenschaftlicher Intelligenz zum kollektiven Theoretiker des Proletariats werden - das ist der Sinn ihrer Praxis.»

Infos

Weiterführende Literatur/Weblinks

• Hans-Jürgen Krahl: Konstitution und Klassenkampf. Zur historischen Dialektik von bürgerlicher Emanzipation und proletarischer Revolution, Verlag Neue Kritik Frankfurt am Main, 1971 (Ausschnitte: www.krahl-seiten.de)

Angaben zur Person: www.gruppeslatandudow.de

Die Auseinandersetzung von Krahl mit Theodor W. Adorno

In den sechziger Jahren haben Studenten des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) oftmals Universitätsgebäude besetzt. Am 31. Januar 1969 drangen sie in die Räumlichkeiten des Instituts für Sozialforschung ein, um von dort die Koordination der Streikaktivitäten fortzuführen. Die Direktoren des Instituts, an ihrer Spitze Theodor W. Adorno, forderten Polizeischutz an. Bei der anschliessenden Räumung wurden 76 Studenten festgenommen. Bis auf Hans-Jürgen Krahl, der als Rädelsführer in Untersuchungshaft kam, wurden noch am selben Abend alle anderen freigelassen.

Die Räumung durch die Polizei wurde von den Studenten als eine Art «Sündenfall» der kritischen Autoritäten betrachtet. Dass ausgerechnet diejenigen, die immer so eindringlich vor repressiver Gewalt gewarnt hatten, in dem Moment, als es um ihre Sphäre ging, die Staatsmacht um Hilfe riefen, hielten sie für einen Verrat. Für sie wurden die Kritischen Theoretiker zu Komplizen des gehassten Polizei- und Staatsapparates. Nach einer Reihe von

Aktionstagen wurde schliesslich auch Krahl auf freien Fuss gesetzt.

Doch die politische Situation verschärfte sich zusehends. Adorno blieb weiterhin Zielscheibe von Aktionen. Als er eine Vorlesung zur Einführung in dialektisches Denken halten wollte, wurde er von drei Studentinnen, die den Busen entblössen, irritiert, gestört und schliesslich am Weiterreden gehindert. Die Leidenszeit für Adorno war aber noch nicht zu Ende.

Der Schlussakt erfolgte ausserhalb der Universität, vor den Schranken des Gerichts. Im Prozess gegen seinen Doktoranden Hans-Jürgen Krahl musste Adorno als Zeuge der Anklage auftreten. Wie in Presse-Mitteilungen der damaligen Zeit zu lesen ist, nahm Krahl den Doktorvater ins Kreuzverhör. Er betrachtete das Gericht als Bühne, um seine Ideen und Theorien zu verbreiten. Adorno spielte aber nicht mit und verweigerte seinem Doktoranden, den er «fraglos zu den begabtesten Studenten» gezählt hatte, die Diskussion. Krahl war darüber bitter enttäuscht. Er

wurde schliesslich zu drei Monaten Gefängnis auf Bewährung und dreihundert Mark Geldstrafe verurteilt.

Der gesamte Zeitraum seit der spektakulären Institutsräumung durch die Polizei war begleitet von einer stetig steigenden Korrespondenz zwischen Theodor W. Adorno und Herbert Marcuse. So beklagte sich Adorno über die Aktionen der Studenten, die dazu geführt hätten, dass er Polizeischutz beantragen musste. Marcuse antwortete ihm unter anderem: «Wenn die Alternative ist, Polizei oder Studenten der Linken, bin ich mit den Studenten – mit einer entscheidenden Ausnahme. nämlich wenn mein Leben bedroht ist oder wenn mit Gewalt gegen meine Person und gegen meine Freund gedroht wird... Besetzung von Räumen (ausserhalb meiner Wohnung) ist noch kein Grund, die Polizei zu rufen. Ich hätte sie dort sitzen lassen und es jemand anderem überlassen, die Polizei einzuladen.» Und er betonte weiter: «Ich glaube immer noch, dass unsere Sache (die ja nicht nur unsere ist) eher bei den rebellierenden Studenten aufgehoben ist als bei der Polizei.»

Ein anderer Blickwinkel:

Von brennenden Fähnchen und Flüchtlingsheimen



David Gundi: Sozialarbeiter und Gewerkschafter

Ein befreundeter Künstler und Musiker hat anlässlich des 1. August dem Nationalfeiertag der Eidgenossenschaft ein Video auf Facebook hochgeladen. Das Video zeigt ein brennendes Schweizerfähnlein, so eines, wie sie sich um den Nationalfeiertag herum auf unzähligen Weggli befinden, welche in Bäckereien und bei Detailhändlern im Brotwarenabteil stehen. Musikalisch umrahmt ist das Video mit der Schweizer Nationalhymne und einem Happy-Birthday Akkord, beide wurden vom Künstler selber mit Gitarre eingespielt. Ein bisschen erinnert mich das an Jimmy Hendrix. Als dieser an jenen bestimmten Moment in Woodstock die amerikanische Nationalhymne verzerrt und neu interpretiert wiedergab. Dies um damit ein deutliches Zeichen gegen den Vietnamkrieg zu setzen.

«Stell dir vor es gibt keine Länder...» hiess das 1.August Video des Oberwalliser Künstlers und es lädt zu einem Gedankenexperiment ein. Sich vorzustellen wie es denn wäre, wenn Menschen nicht aufgrund ihrer Herkunft beurteilt, nicht aufgrund eines Stück Papiers verfolgt, ausgeschlossen oder gar angegriffen werden. Während meiner Kindheit erzählte mir meine Mutter die Geschichte vom kleinen Kosmonauten, welcher auf die Erde blickte und nur die Erde sah. Die Erde so wie sie ist: Ohne Grenzen, ohne Einschränkungen. Denn von ganz hoch oben, da sehen alle Menschen gleich aus. Ich finde die Geschichte schön und ein bisschen erinnert dieser Akt mich daran. Das Video provozierte und sorgte für emotionale Reaktionen und teils gehässige Kommentare. Einige empfanden es als Beleidigung, manche waren empört darüber, dass das derartige «Beschmutzen» eines Hoheitszeichen in der Schweiz nicht unter Strafe steht. Für mich jedenfalls ist Heimat ein Gefühl und nicht ein Stück Tuch oder ein Papierfähnlein auf einem Zahnstocher. Ich würde mir wünschen, die Papierfähnchen-Empörten würden genauso

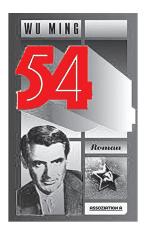
reagieren, wenn sie hören, dass die Schweiz im vergangenen Halbjahr 200 Millionen Franken verdient hat, am Export von Kriegsmaterial. Das sind im übrigen 30 Millionen mehr als noch vor einem Jahr. Kriegsmaterial, welches auch in die Krisenregionen dieser Welt exportiert wird. Oder wo bleibt die Empörung ob der Spekulation mit Nahrungsmitteln, die als Farbtupfer im Portfolio einer Schweizer Bank gilt und so am Hunger der Menschen in der Dritten Welt viel Geld verdient. Oder wenn Otto Normal am Virtuellen-Stammtisch gegen Flüchtlinge, Juden, Moslems und Andersdenkende hetzt und sich dann in aller Öffentlichkeit so fühlt als hätte man ihm das Wort im Munde umgedreht.

Das Schweizer-Tuch, mitsamt seinen Werten, wurde schon lange in Brand gesetzt. Von blindem Nationalismus, geschürt von der ignoranten Dummheit der Vielen, welche sich lieber vom 200 Jahre Pomp benebeln lassen, anstatt Position zu beziehen für eine moderne, tolerante und offene Schweiz. Und wenn in den Kommentarspalten dem Künstler dann empfohlen wird, er solle doch auswandern, wenn es ihm hier nicht passe. So wie es auf der Facebook-Pinnwand des besagten Künstlers der Fall war. Dann finden sich Parallelen zu jenen Ewiggestrigen, die heute wieder mit Fackeln durch die Strassen Deutschlands ziehen und Parolen wie «Wer Deutschland nicht liebt soll Deutschland verlassen» brüllen. Ganz im Sinne von «Wer nicht für uns ist, ist gegen uns». Und plötzlich wird aus der Hetze im virtuellen Raum ein Mob auf der Strasse und es brennen Flüchtlingsheime, während die Brandstifter genüsslich auf ihr Werk schauen. Manchmal muss man Feuer mit Feuer bekämpfen umso schöner wenn ein kleines Flämmchen reicht um den Menschen einen Spiegel vorzuhalten. Ich jedenfalls sage: «Danke Dani!»

Link zum Video: http://on.fb.me/1ibaEB5

Buchtipp:

Wu Ming: 54



Autor: Wu Ming

Titel: 54

Verlag: Assoziation A ISBN: 978-3-86241-441-3 Preis: 38.90 Franken

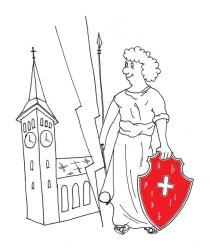
Erstmals erschien im letzten Jahr beim Assoziation A Verlag ein Werk des italienische Autorenkollektiv Wu Ming in deutscher Sprache. Das aus fünf Personen bestehende Kollektiv existiert seit 2000 unter dem Namen Wu Ming. Zuvor war das Kollektiv zu viert unter dem Namen «Luther Blissett» aktiv und sorgte in Italien für ziemliche Furore. Vom Luther Blissett erschien auf Deutsch bisher neben «54» der Roman «Q». Der Verlag plant in Zukunft weitere Werke von Wu Ming zu veröffentlichen.

Der Roman 54 handelt im Jahr 1954 mit den Hauptschauplätzen Italien und Jugoslawien. Der junge Kommunist und Tänzer Robespierre Capponi ist auf der Suche nach seiner grossen Liebe und seinem Vater. Der Vater desertierte in Jugoslawien vom Militär um sich den Partisanen Titos anzuschliessen. Robespierre hält nur durch Briefe Kontakt zu seinem Vater. Als die Briefe ausbleiben, macht er sich auf die Reise nach Jugoslawien. Bekannte Protagonisten im Roman sind unter anderem der Mafiaboss Lucky Lucano und sein rechter Arm Stefano «Cemento» Zollo, der Schauspieler Cary Grant, Tito und ein modernes DeLuxe Fernsehgerät. Dreh und Angelpunkt der Geschichte ist die Bar Aurora in Bologna. Die Bar ist ein Treffpunkt ehemaliger Partisanenkämpfer, Schmugglern und Mitgliedern der Kommunistischen Partei. Der Roman verbindet die unterschiedlichen Charaktere und Ereignisse auf rasante Weise miteinander. Wu Ming ist es gelungen das Jahr 1954 authentisch darzustellen und einigen tatsächlichen Ereignissen andere Wendungen zu geben. Der Roman lebt von seinen unterschiedlichen Protagonisten und der Spannung der Aufeinandertreffen. Nebenbei gibt es geschichtliche Ereignisse, denen es auch nicht an Witz fehlt. Michael Näpfli

13 konkrete Vorschläge der Roten Anneliese für eine moderne Verfassung:

So machen wir das Wallis demokratischer, sozialer und weltoffener

Wallis I Ein kunterbuntes Komitee aus Linken, Grünen und Freisinnigen lancierte am 2. August 2015 eine kantonale Volksinitiative. Die Forderung: Die Walliser Kantonsverfassung soll einer Totalrevision unterzogen und modernisiert werden. Inhaltlich halten sich die Initianten noch bedeckt. Anders die Rote Anneliese: Wir zeigen anhand von 13 konkreten Vorschlägen auf, wofür es sich lohnen würde, die Initiative zu unterstützen. Und lancieren eine offene Debatte darüber.



1. Staat und Kirche werden getrennt

Nur ein säkularer Staat kann klare Regeln formulieren, die alle religiösen Gemeinschaften gleich behandeln. Er bevorzugt auch keine religiösen Gemeinschaften, respektiert aber sehr wohl die Religionsfreiheit des Einzelnen – ohne sich dabei an religiösen Werten zu orientieren. Ein laizitärer Staat mischt sich weder in religiöse Angelegenheiten ein, noch lässt er religiöse Einmischung in staatlichen Angelegenheiten zu.

2. Das Wahl-und Stimmrecht für alle

Ausländerinnen und Ausländer, die während mindestens 10 Jahren im Wallis leben und wohnen, erhalten das Wahl- und Stimmrecht auf Gemeindeund Kantonsebene. Ganz nach dem Motto: «Zämu läbu – zämu stimmu».

3. Stimm- und Wahlrecht ab 16

Dank den sozialen Medien sind die jungen Menschen heute aufgeschlossener und besser informiert als dies früher der Fall war. Viele beginnen in diesem Alter eine Lehre und übernehmen wichtige Aufgaben und Verantwortung in den Betrieben.

Mehr Infos zur Initiative

Mehr Information zur kürzlich lancierten, kantonalen Volksinitiative für eine Totalrevision der Verfassung des Kantons sowie Unterschriftenbogen zum Herunterladen gibt's im Internet unter: http://www.verfassungsrat-wallis.ch/

Nichts spricht dagegen, aber vieles dafür, den Jungen ab dem 16. Altersjahr das Stimm- und Wahlrecht zu geben.

4. Eine Polit-Geschlechterquotequote von 50%

Die Frauen sind in allen politischen Gremien nach wie vor krass untervertreten. Bei der CSPO und der SVPO schafften es 43 Jahre nach Einführung des Frauenstimmrechts keine Frauen auf die Nationalrats-Liste. Wir fordern: Es braucht für den Staatsrat, den Grossen Rat, die Gemeinderäte und die Gerichte eine Geschlechter-Quote von 50%.

5. Staatsratswahlen im Proporz

Mit den Machtansprüchen und Machtspielchen der CVP muss Schluss sein. Der Staatsrat wird im Proporzsystem gewählt. Alle relevanten Parteien sollen die Chance haben, in der Regierung mitzuwirken. Aufgrund der aktuellen Kräfteverhältnisse hiesse das: Zwei Sitze für die CVP und je ein Sitz für die Linksallianz (SP & Grüne), SVP und FDP.

6. Das Volk wählt die Richter

Die Mitglieder des Kantonsgerichts sowie der Bezirksgerichte und die StaatsanwältInnen werden durch das Volks gewählt und wiedergewählt. Nur so kann verhindert werden, dass die Parteien unfähige Leute in die Justiz mischen können.

7. Volle demokratische Transparenz

Alle Parteien und ihre KandidatInnen sind verpflichtet, die Finanzierung der Partei sowie der Wahl- und Abstimmungskämpfe im Amtsblatt offenzulegen. Das gilt auch für die Vergütungen von politischen MandatsträgerInnen in Verwaltungsund Stiftungsräten.

8. Die Wasserkraftwerke werden verstaatlicht

Nur ein konsequent ausgeübter Heimfall der Wasserkraft-Anlagen verhindert, dass das Wallis mit Helfershelfern in den eigenen Reihen nochmals von den ausserkantonalen Energie-Konzernen über den Tisch gezogen wird.



9. Zweckverbände demokratisieren

Ob Strom, Wasser, Abwasser, Datennetzen etc.: Immer mehr öffentliche Aufgaben werden heute in überkommunale oder überkantonale Zweckverbände ausgelagert und damit der demokratischen Kontrolle entzogen. Unsere Forderung: Die Vorstände aller Service Public-Verbände müssen vom Volk gewählt werden, ebenso alle Tarif- und Preiserhöhungen.

10. Hanf wird legalisiert

Der Anbau, Verkauf und Konsum von Cannabis wird legalisiert. Wer kifft, wird nicht mehr kriminalisiert. Und für unsere Berg-Bauern eröffnen sich neue, einträgliche Anbaumöglichkeiten mit einem Marktpotenzial in Milliardenhöhe.



11. Kantonaler Mindestlohn

In der Verfassung wird ein kantonaler Mindestlohn garantiert. Dieser beträgt bei einer Vollzeitanstellung bzw. einer 40 Stunden-Woche jeweils einem Fünftel eines Staatsrats-Monatslohnes (aktuell ca. 20000 Franken).

12. Kita-Plätze für alle – und gratis

Das Angebot an Kindertages-Plätzen ist immer noch ungenügend – und für Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen zu teuer. Es braucht dringend mehr Plätze. Unsere Forderung: Ein Kita-Platz für jedes Kind – und der ist für Eltern mit weniger als 80 000 Franken Haushaltseinkommen kostenlos.

13. Bezahlbare Alterspflege

Der Aufenthalt in Alters- und Pflegeheimen wird zunehmend eine teure Angelegenheit. Viele HeimbewohnerInnen wissen kaum mehr, wie sie die steigenden Kosten bezahlen sollen. Das ist unwürdig. Deshalb ist die Beteiligung an den Heimund Pflegekosten auf 50% des Einkommens zu beschränken.

Dicke Eier:



Stöhlker: Mal flopp, mal top

Klaus J. Stöhlker (Bild) ist jetzt 74 Jahre alt. Und nach wie vor ein vorlauter Paradiesvogel unter den PR-Beratern. In jungen Jahren arbeitete der eingewanderte Deutsche, der seine Söhne weiss der Himmel warum Fidel und Raul taufte, im berüchtigten Büro Farner in Zürich. Bei jenem Antikommunisten Farner, der behauptete, für eine Million Franken aus einem Kartoffelsack locker einen Bundesrat machen zu können. Stöhlker hat eine Walliserin aus Unterbäch geheiratet und meint, unseren Kanton zu kennen wie wenige sonst. Während Jahren war der PR-Mann für goldige 100 000 Franken Jahresgage die Walliser Antenne von Staatsrat Cina in Zürich. Trotzdem wissen die meisten Zürcher immer noch nicht, dass man dank dem Lötschberg-Basistunnel in zwei Stunden in Visp ist. Stöhlker beriet zu Beginn dieses Jahres Sepp Blatter in Sachen erfolgreicher Wiederwahl. Und lancierte die Idee, dass Sepp Blatter sein eigener Nachfolger werden könnte, was bei der Familie Blatter sauer aufstiess. Seinen Blog betreut der ewig Umtriebige in letzter Zeit mehr schlecht als recht. In Sachen Bergbahnen hat er aber nicht ganz Unrecht. Lesen Sie selber, was Stöhlker am 14. Juni dazu bloggte: http://bit.ly/10sTefV

Axa sucht Gratismieter

Die Gemeinde Naters hat das Gertschen-Areal faktisch an die AXA Winterthur-Versicherungen verschenkt. Mit Steuergeldern, die von keiner Urversammlung bewilligt wurden, soll hier ein Welterbe-Zentrum Besucher anziehen. Leider will sonst niemand in dieses Zentrum einziehen

SVP-Gemeinderat Yves Zurwerra schrieb den Gewerbetreibenden von Naters folgenden Brief:

«Geschätzte Mitglieder vom Gewerbeverein Naters Frau Anna Lisa Tallero von der Axa Investement Managers Schweiz AG unterbreitet den Gewerbetreibenden und Vereinen aus Naters ein Angebot: Die leeren Gewerberäume im Aletsch Campus würden von der Axa Investements Managers Schweiz AG gratis zur Verfügung gestellt, bis diese nicht fest vermietet sind. Der Verbrauch der Nebenkosten müssen aber selber getragen werden.

Falls jemand Interesse bekundet oder jemanden kennt, der Lokalitäten sucht, kann sich mit Frau Anna Lisa Tallero in Verbindung setzen.

Freundliche Grüsse Yves Zurwerra»

Die Gemeinde Naters muss der AXA 100 Parkplätze abmieten. Preis pro Parkplatz und Jahr: horrende 2000 Franken. Und dies obwohl die Vermietung gelinde gesagt stockt. Weil wir schon viel zu viele Geschäftsflächen im Oberwallis haben.

In Deutschland versuchen Gemeinden wie Münstereifel im Zentrum leerstehende Geschäftsflächen als günstige Outlet-Center zu nutzen. Vielleicht könnte man so etwas in Naters und Brig-Glis auch versuchen. Besonders weil auch in Brig immer mehr Geschäftsflächen leer stehen.

Zu viel Eis am Stiel

Wenn es um den eigenen, vermeintlichen Vorteil geht, ist es aus mit der Zusammenarbeit zwischen den Oberwalliser Gemeinden. Das Resultat sind am Ende kostspielige Überkapazitäten, die sich nirgends rechnen. Aktuelles Beispiel: Der Eishallen-Boom. Sowohl in Brig wie in Visp soll eine neue Eishalle gebaut werden. Und ein paar Kilometer talabwärts plant neuerdings auch noch Raron den Bau einer 1,4 Millionen Franken teuren Eishalle.

Und dies alles in einer Region, die wirtschaftlich stagniert. Angesichts der beginnenden SVP-Rezession stellen sich Fragen: Kann sich das Oberwallis diesen Hallen-Luxus leisten? Hat das Oberwallis zu wenig Eisflächen? Müssen die Steuerzahlenden wirklich Curler und Steinstockschützen subventionieren? Einig Fakten müssten zu denken geben:

- Im Martigny will der Eishockey-Club für 14
 Millionen Franken ein neues Stadion bauen.
 10 Millionen Franken will er aus eigenen Mittel aufbringen. 4 Millionen Franken soll die Gemeinde beisteuern. Für den Gemeinderat von Martigny hat eine neue Eishalle keine Priorität. Er will nicht einmal mit den 4 Millionen herausrücken.
- Leukerbad verfügt im Sportzentrum über eine eigene Eishalle. Die ist seit Wochen schon geschlossen. Frühestens im Dezember soll wieder Eis produziert werden, wie der im Internet publizierte Eisplan belegt. Weil es im Oberwallis keine Nachfrage nach Eisflächen gibt. Weder von den Touristen noch von den Einheimischen.

Die beiden Gemeindepräsidenten Niklaus Furger (Visp/CVP) und Louis Ursprung (Brig/SVP) bewegen wenig bis nichts. Ausser dem Bau von zwei Eishallen, die sowohl beim Bau wie im Betrieb viel zu teuer sind, haben sie wenig vorzuweisen. Martigny zeigt auf, dass es auch billiger geht. Und Leukerbad wird unter den geplanten Fehlinvestitionen im Talgrund noch mehr leiden.

Ein Schwarzer weniger – leider

Die älteren Leserinnen und Leser der Roten Anneliese werden sich noch erinnern: In Kirchen, Schulzimmern und Spitälern baten Nick-Neger um Spenden für die Missionen. Filme berichteten über das Wirken der Weissen Väter als Missionare im fernen Afrika. Fast alle beteten für mehr Priesternachwuchs. So richtig gebracht hat all dies nichts. Heute läuft alles umgekehrt. Prior Eze Ikechukwu Paul betreute in den vergangenen Jahren die Gläubigen und weniger Gläubigen in Niedergesteln und Umgebung. Jetzt muss er zum Bedauern der Bevölkerung und deren Behörden zurück nach Nigeria. Weil seine Zeit als Austauch-Priester leider abgelaufen ist.

Das Beispiel zeigt, wie schnell sich vieles ändern kann. Umso wichtiger wäre es, wenn unsere Historikerinnen und Historiker die verheerende Rolle der katholischen Kirche in der Zeit zwischen 1825 und 1975 aufarbeiten würden. Sie war das Zentrum der politischen Macht, der sexuellen Unterdrückung und der arbeiterfeindlichen Hetze. Mit wenigen löblichen Ausnahmen.



Veranstaltungen:

In der Roten Anneliese erscheinen nun wieder regelmässig ausgewählte Veranstaltungstipps für Jung und Alt. Möchten auch Sie Ihre Veranstaltung hier abgedruckt sehen. Dann schreiben Sie uns an rote anneliese @rhone.ch mit dem Vermerk «Veranstaltung».

26. September, 20.00 Uhr

Sounds from the Street II (Moshpit Club Naters)

Der Verein Gegenkultur Wallis lädt zur zweiten Ausgabe von Sounds form the Street. Im Moshpit Club Naters spielt mit Los Fastidios eine Grösse der Streetpunkszene auf. Unterstützung erhalten die Italiener von Drinking Squad aus Deutschland.

24. Oktober, 20.30 Uhr

Melanie & Stefanie Ammann, Blütenlese (Kellertheater Brig)

Stefanie Ammann liest Gedichte und Texte von Selma Meerbaum-Eisinger, Rainer Maria Rilk, William Shakespeare und Karl Kraus.

Tänzerische Interpretation: Melanie Ammann. **Musikalische Begleitung:** Rafael Schilt.

24. Oktober, 20.00 Uhr

Working Class Party Vol. 5 (Mohpit Club Naters)

Bereits zum fünften Mal organisiert die Unia Jugend Oberwallis die Working Class Party. Als Headliner konnte dieses Jahr Verlorene Jungs aus Deutschland verpflichtet werden. Die vier Jungs aus dem Ruhrgebiet haben mit ihrem neuen Album gezeigt, dass man sich auch nach vielen Jahren Bühnenerfahrung musikalisch noch weiterentwickeln kann.

Neben den Verlorenen Jungs stehen bei der Working Class Party zusätzlich die Schweizer Punkband Nofnog aus St. Gallen, sowie die englische Band Not Since the Accident auf der Bühne.

31. Oktober, 20.00 Uhr

Stiller Has, 25 Jahre Stiller Has (Pfarreizentrum Brig)

«Samichlöise» gibt es massenhaft, den Osterhasen nur gerüchteweise. «STILLER HAS» gibt es seit 25 Jahren. Polarisiert hat diese Band von Anfang an. Am 31. Oktober spielt die Kultband rund um Endo Anaconda wieder einmal im Wallis.

21. November, 20.30 Uhr

Manuel Stahlberger, Neues aus dem Kopf (Kellertheater Brig)

Drei Jahre lang war Manuel Stahlberger auf Tournee mit seinem ersten Soloprogramm «Innerorts». Nach seinem dritten Band-Ausflug und dem Album «Die Gschicht isch besser» legt er im Herbst 2015 das neue Einmann-Stück «Neues aus dem Kopf» nach. Manuel Stahlberger macht den Versuch, das Durcheinander im Kopf zu sortieren. Ein Abend mit Liedern, Diaschauen und einem Jasskarten-Musical.



Kellertheater Brig: Blütenlese.

Der Besondere Film

KINO CAPITOL, VISP

	<u> </u>
21.09.15	The Second Mother
28.09.15	Victoria
12.10.15	Youth
19.10.15	Boychoir
26.10.15	The Farewell Party
02.11.15	Holmes
09.11.15	La Vanité
16.11.15	El boton de nacar
23.11.15	La Tete haute
30.11.15	Me and Earl and the Dying Girl

07.12.15 Der Staat gegen Fritz Bauer



Verlorene Jungs: Die Band ist aktiver Unterstützer des Fördervereins Pro Asyl E.V.

ROTE ANNELIESE

Die kritische Stimme des Oberwallis

direkt zum Abo der Roten Anneliese

Ich möchte ein ABO

Name/Vorname

Strasse

PLZ/Ort

- ☐ Ich bestelle ein RA-ABO für 50 Franken.
- ☐ Ich bestelle ein RA-Unterstützungs-ABO für 80 Franken.
- ☐ Ich verschenke ein RA-ABO für 50 Franken (Rechnung an mich).
- ☐ Ich bestelle ein Jugendabo zum halben Preis von 25 Franken.

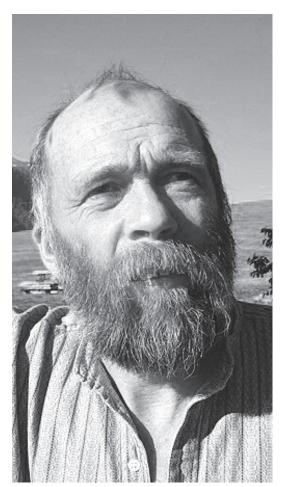
Geschenk-ABO an:

Name/Vorname

Strasse

PLZ/0rt

Talon bitte ausschneiden und senden an: Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis oder per E-Mail an: rote.anneliese@rhone.ch



Oppositionsführer Leo Garbely: Bei der Gemeinde den Job verloren, an der Urne die Abstimmung gewonnen.

Dammbruch: Demokratie siegt in Reckingen-Gluringen

Schwarzer Sonntag für Dorfmunis und Planungspfusch

Goms | «Grosser Rückhalt für Leo Garbely – Misstrauensvotum gegen Gemeinde» titelte die Rote Anneliese schon im Januar 2015 weitblickend – und untertrieb dabei immer noch: Am Sonntag, 19. Juli, schickten nämlich die Bürgerinnen und Bürger von Reckingen-Gluringen in einem Urnengang bei 77 Prozent Beteiligung mit 189 gegen 83 Stimmen die völlig verfehlte, zwei Millionen Franken teure Lawinendamm-Erhöhung bachab.



Im oberen Goms macht ein böser Spruch die Runde: Der grösste Vorteil der Fusion der fünf Gemeinden Münster-Geschinen, Reckingen-Gluringen, Grafschaft, Blitzingen und Niederwald zur neuen Gemeinde Goms sei, dass es ab 2017 drei überforderte, selbstherrliche Gemeindepräsidenten weniger gebe.

Alles falsch gemacht

Wer auch immer damit gemeint ist, zur Runde Abgehalfterten zählen dürfte fast sicher der Gemeindepräsident von Reckingen-Gluringen, Norbert Carlen. Vor einem Jahr liebäugelte er insgeheim noch damit, Präsident der neuen Gemeinde Goms zu werden. Jetzt steht der Kantonsangestellte in Kaderfunktion und Verwaltungsrat der katholischkonservativen Presseverein AG, der Besitzerin des Zeitungstitels Walliser Bote, als grosser Verlierer da. Weil er in der Auseinandersetzung um die Lawinendamm-Erhöhung «Bächi» so ziemlich alles falsch machte, was man – getreu alter Dorfmuni-Schule – nur falsch machen kann. Fakten sind:

> Zuerst feuerte Carlen kurzerhand den Gemeindearbeiter und ehemaligen Schreinermeister Leo Garbely (56), weil dieser als Einziger gegen die Erhöhung der beiden Lawinendämme um 10 − 11 Meter fristgerecht einsprach und im Frühjahr 2014 eine Petition lancierte, die von über 200 Personen unterzeichnet wurde. Garbelys Klage gegen die missbräuchliche Kündigung ist seit einem halben Jahr beim kantonalen Arbeitsgericht hängig.

> Dann liess der Präsident die wachsende Opposition und namentlich die neu gegründete IG Bächi ziemlich arrogant auflaufen, statt auf ihre Gesprächsbereitschaft einzugehen. Dabei hatte die IG Bächi wiederholt vorgeschlagen, anstelle der geplanten, gigantischen Dorf- und Landschaftsverschandelung ohne erkennbare Schutzwirkung alternative Lösungsmöglichkeiten zu prüfen und gleichwertig zu planen.

> Das Resultat der gemeinderätlichen Gesprächsverweigerung war, dass die IG Bächi mit breiter Unterstützung der Stimmberechtigten die Einberufung einer ausserordentlichen Urversammlung verlangte und eine neue Abstimmung über den Kreditbeschluss durchsetzte, der an der Urversammlung im November 2013 faktisch unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefällt wurde.

Unhaltbare Vermischung

Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätte der unbelehrbare Carlen in den Ausstand treten oder zumindest Zurückhaltung üben müssen. Denn er trug in dieser Auseinandersetzung zwei Hüte: den des Gemeindepräsidenten und gleichzeitig des federführenden Ingenieurs für Naturgefahren des Forstkreises Oberwallis.

Diese unhaltbare Vermischung von zwei verschiedenen Funktionen verhinderte in Reckingen-Gluringen eine sachliche Debatte auf der Grundlage von Argumenten und Fakten, für die eigentlich der Kanton hätte sorgen müssen. Stattdessen liess man zu, dass eine Hand die andere wusch. Der Vorwurf des Beamtenfilzes und der Vetterliwirtschaft stand im Raum, zumal der lukrative Ingenieurauftrag auch noch dem Büro des Ehemanns der Gemeindevizepräsidentin oblag. Die Frage ist, wann die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Grossen Rates bei der Dienststelle für Wald und Landschaft des Baudepartementes näher hinschaut.

Apropos Filz: Der Walliser Bote sah sich nach der schweren Abstimmungsniederlage erbärmlicherweise bemüssigt, seinen Pressverein-Verwaltungsrat in Schutz zu nehmen. Dabei wäre der WB besser der Frage nachgegangen, warum der Staatsrat seinem Beamten Norbert Carlen gesetzeswidrig den Einsitz in diesem Polit-Gremium bewilligt hat? Oder ist auch das, wie vieles andere, womöglich an der Regierung vorbei gegangen?

AZB 3900 BRIG | NR. 234 | SEPTEMBER 2015